

leitswert — vermochten die Minderwertigen die Herrschaft zu erraffen.

Es kann kein Zufall sein, daß die Frauen in diesem Staat eine bevorzugte Stellung erringen konnten. Mit bisheriger Ausnahme der N.S.D.A.P. entsenden alle Parteien Frauen als Volksvertreter in die Parlamente. Das mulier taceat — die Frau schweige — hat heute keine Geltung mehr; die Frauen reden überall mit, die Männer ordnen sich ihnen unter.

Aber gerade diese Gleich- und Unterordnung der Männer den Frauen gegenüber gilt heute als besonders männlich.

Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie!

Zeiten staatlicher Macht und Größe, Zeitläufte des Kampfes, haben nie eine überragende Stellung des weiblichen Geschlechts geduldet.

Daß ein Alexander der Große oder Friedrich der Große, ein Cäsar oder Napoleon, ein Prinz Eugen oder ein Karl XII. von Schweden sich weiblichen Einflüssen gebeugt hätten, ist nicht gut vorzustellen.

Sie waren zwar die größten Feldherren aller Zeiten, die leuchtenden Vorbilder und Führer ihres Volkes, aber doch nur rauhe Kriegshelden.

Und nicht die mit der Palme des ewigen Friedens im Bunde der Völker geweihten, erleuchteten Staatslenker eines Idealreiches in Schönheit und Würde.

In diesem Meer von Feigheit hat Deutschland heute die Steuermänner, die es verdient. Ich wüßte keine besseren.

Und nur in diesem Staate konnte der Jude die Stellung sich erringen, die er heute einnimmt.

In einem Staat, in dem die Helden zu schweigen haben, muß der Händler das Wort führen.

In einer Zeit, in der die Ideale der männlichen Kraft nichts mehr gelten, die die unmännlichen und weiblichen Tugenden preist, die nur die Versöhnung und den ewigen Frieden kennt, den Wehr- und Kampfgeist aber unterdrückt, wird stets der Jude vermöge seiner Charakter- und Geistesanlagen eine vorherrschende Stellung einnehmen können.

Und hier trennt sich wieder meine Auffassung von der des nationalen Spießers. Nicht: der Jude ist an allem schuld! Sondern: wir sind schuld, daß der Jude heute herrschen kann.

Ich bin sicher der letzte, der dem Juden „objektiv“ gegenübersteht und der nicht entschlossen wäre, den Kampf gegen die jüdische Vorherrschaft zu führen. Aber ich meine eines: der Kampf gegen die Juden wird mit falscher und unwahrer Front geführt. Man bekämpft den Juden nicht dadurch, daß man seine Fehler, und nur seine Fehler, nachmacht und zu überbieten sucht, die Geschäftsmoral in einer Form betätigt, wie es der Jude nicht tut — weil er zu klug dazu ist —, sondern allein dadurch, daß man es anders und besser macht wie der Jude. Ich bin hier mehr für praktischen Antisemitismus als für fades Geschwätz und widerliche Heuchelei.

Die jüdische Vorherrschaft wird dann nicht mehr sein, wenn wieder deutsche Männer in Deutschland deutsch reden und handeln.

Deutschland wird gesunden, wenn es wieder deutsch sein wird.

Die Lebensgrundsätze sind heute eben nicht deutsch, sondern jüdisch.

Nicht das „Dienen“, sondern das „Verdienen“ ist heute der Leitsatz der Staatsverbundenheit.

Volk und Staat sind heute gegensätzliche Begriffe. Es kann keine Rede davon sein, daß „alle Gewalt vom Volke ausgeht“, wie die Verfassung des Weimarstaates so schön sagt. Der Staat ist heute eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung der Geldmächte, die zwar nicht verantwortlich zeichnen, aber hinter den Kulissen befehlen und unumschränkt herrschen. Die Geldmächte bedienten sich früher des Schwertes zur Durchsetzung ihrer Ziele; heute glauben sie dieser Hilfe entraten zu können.

Die Wehrpflicht mußte deshalb verschwinden, weil sie der Geschäftsmoral unmittelbar entgegensteht. Durch den vom Heere gepredigten Dienst „an Volk und Vaterland“ sind dem jungen Deutschen Grundsätze vermittelt worden, die das Geschäft schädigen mußten. Noch mehr: Im Heere lernte der Deutsche, der Soldat wurde, die sozialste Einrichtung des Staates kennen, eine Erkenntnis, die dem Händler zuwider sein muß.

Die Offiziere und Beamten dienten in jener Zeit nicht um den Gehalt, sondern um die Ehre. Der Stand der Offiziere war der sozialst erzogene und sozialst fühlende, wenn hundertmal die Wehrfeinde das Gegenteil behaupten wollen.

Und deshalb mußten beim Umsturz gerade die Offiziere entehrt werden, ihnen mußten die Achselstücke und die Kokarde heruntergerissen werden, um diese Ränder sozialer Gerechtigkeit mundtot zu machen.

Damit war die Bahn frei für den Staat von heute.

Nicht dem verlorenen Ruhm, nur der Einbuße an Geld und Gut gilt der Jammer des wahnenden Volkes.

Der große karthagische Feldherr Hannibal könnte die Rede, die er zwei Jahrhunderte vor Christus an seine betörten Volksgenossen hielt, heute un verändert wiederholen:

„Da hättet ihr weinen sollen, als uns die Waffen genommen, die Schiffe verbrannt, die Kriege mit dem Ausland untersagt wurden. Das ist die Wunde, an der wir sterben werden. Als dem besiegten Karthago die Waffenrüstung abgenommen wurde, als es von nun an wehrlos und hilflos zwischen die vielen bewaffneten Völker Afrikas sich hingestellt sah, da seufzte niemand. Jetzt aber heult ihr, daß ihr Steuern aus eigenem Vermögen aufbringen sollt, als würde der Staat zu Grabe getragen. Wie sehr fürchte ich, ihr werdet nächstens empfinden, daß ihr heute nur über das erträglichste Übel geweint habt.“

Karthago hörte nicht auf die Stimme seines Feldherrn und Führers.

Im Jahre 146 machten die Römer Karthago dem Erdboden gleich. Ein halbes Jahrhundert nach ihrer Niederlage verschwanden die Karthager aus der Geschichte.

Nicht Geld und Gut, nur Kampf und Wiedergewinnung unserer Ehre können uns vor dem Schicksal Karthagos bewahren.

„Das Wesen eines Staates ist,“ sagt Treitschke, „daß er seinen Willen mit physischen Kräften durchsetzen kann. Ein Staat ohne Waffenmacht ist überhaupt kein Staat.“

In diesem Staat, der kein Staat ist, findet der Soldat keine Stätte.

Das Intellektuellengewerbe der Bourgeoisie, das Spießer- und Literatentum stellt allein den Maßstab auf für die Beurteilung aller Dinge.

Diese klugen, besonnenen und reifen „Staatsbürger“ stellten also einfach fest:

Rahrs „staatsmännische Tat“ ist ein Segen für Deutschland; denn der „Putzsch“ war 1. schlecht vorbereitet, wäre 2. spätestens an der Grenze zusammengebrochen, und 3. wäre das Ausland nicht einverstanden gewesen.

Dazu ist zu sagen:

Zu 1.: Der „Putzsch“ Hitlers war mindestens genau so gut vorbereitet, wie der für einige Tage später beabsichtigte Putzsch des Herrn von Ra hr. Beide Putzschisten hatten die staatlichen Machtmittel in ihre Berechnung eingestellt. Mit den Führern der Reichswehr und der Landespolizei waren bis ins einzelne gehende Vereinbarungen getroffen. Die Beilage von Dokumenten muß ich mir allerdings aus den gleichen Gründen versagen, die ich schon in den Vorworten angeführt habe.

Ein Vorgehen gegen die staatlichen Machtmittel, ein Kampf gegen Reichswehr und Landespolizei war deshalb überhaupt gar nicht in Erwägung gezogen worden.

Natürlich hat man das Unternehmen auch nicht vorher jedem Herrn Hinz und Kunz mitgeteilt. Daher waren manche Kreise im Zeitpunkt des Losschlagens überrascht und hatten auch nicht bis in die Einzelheiten Vorbereitungen treffen können.

Zur Beruhigung der neunmal Weisen kann aber gesagt werden, daß diejenigen, die es wissen mußten, das, was sie wissen sollten, klar und rechtzeitig erfahren haben.

Da bedauerlicherweise von hundert Menschen neunzig das Maul nicht halten können, muß ein Führer eben oft auf Mitteilungen verzichten, deren Bekanntgabe an sich zweckmäßig und erwünscht, deren Geheimhaltung aber das Wesentlichere ist.

Zu 2. will ich hier nur den Auszug aus einem Protokoll mitteilen, das eine Dienststelle in Berlin betrifft, die von ausschlaggebender Bedeutung für das Gelingen des Unternehmens war:

„Hier wurde mir gesagt, daß am 8. November alles auf den Hitlerputsch vorbereitet war, und daß die Sache sicher geklappt hätte, wenn Ra hr und Genossen keine . . . gewesen wären, die ihr eigenes Wohl über das des Vaterlandes gestellt hätten.“

Die Herrschaften können sich also beruhigen, auch in Berlin waren die erforderlichen Stellen unterrichtet.

Im übrigen war der Aufmarsch an der Nordgrenze Bayerns, mit dessen Leitung Kapitän Ehrhardt betraut war, nicht nur zum Zeitvertreib erfolgt, und weiter dürfte heute der Öffentlichkeit nicht mehr ganz unbekannt sein, daß gewisse Verbände und Einheiten am 9. November auch in Norddeutschland „marschieren“ sind.

Sapienti sat!, d. h. auf Deutsch: mehr kann ich nicht sagen; wem diese kurzen Andeutungen nicht genügen, dem kann ich leider nicht helfen.

Zu Punkt 3 mich zu äußern, fällt mir eigentlich schwer. Es ist ein Jammer, daß ein großer Teil des deutschen Volkes über das Würdelose und Schmachvolle einer solchen Beweisführung sich gar keine Rechenschaft ablegt.

Ich kann zur Not noch verstehen, daß es auch Leute gibt, die sich die nationalistische Auffassung nicht zu eigen machen können: eine Sache ist überhaupt nur dann gut und richtig, wenn die Franzosen damit nicht einverstanden sind.

Nicht begreifen kann ich aber, daß in einer Frage, wo es sich ausschließlich darum handelt, wie wir im Innern unser Haus einrichten, einer Frage, die das Ausland nicht das geringste angeht und die auch mit dem eifrigsten Willen nicht mit dem Versailler Vertrag in Zusammenhang gebracht werden kann, daß in einer solchen Frage überhaupt nur dem Gedanken Raum gegeben wird, ob es dem Ausland gefällt oder nicht.

Aber zu unserer Schande muß gesagt werden, nicht nur, daß das so ist, sondern daß sich sogar das „nationale“ Deutschland mit diesem Votofudenstandpunkt abzufinden droht.

Es ist dies die Frucht der nun jahrelang betätigten Übung der international eingestellten Parteien, daß sie innerpolitische Forderungen stets unter Hinweis auf die Gnadenzone bzw. das Stirnrücken der Entente zu begründen und durchzusetzen suchen. Über das Verächtliche und Verwerfliche dieser Handlungsweise nur ein Wort zu verlieren, sollte eigentlich überflüssig sein.

Das „demokratische“ Deutschland, das am 9. November 1918 nach dem Vorbild und auf Geheiß der westlichen Demokratien seine Auferstehung gefeiert hat, ähnt doch sonst alles seinen angebeteten Götzenbildern nach. Insbesondere ist immer das, was im Lande des von jedem richtigen Demokraten als

Heiligen verehrten Herrn Woodrow Wilson gemacht wird, unfehlbares Evangelium.

Möchte es da ganz gut, wenn diese Herren einmal das nachlesen würden, was der amerikanische Staatssekretär des Äußern anlässlich des Sacco-Banzetti-Kummels im August 1927 im Namen der amerikanischen Regierung amtlich geäußert hat, als einige Großmächte, darunter sogar der Papst, sich für die Begnadigung der beiden Anarchisten einsetzten und sich damit in amerikanische Angelegenheiten einmischen wollten.

Und wenn es schon ein besiegt Volk sein muß, das zum Vergleich herhalten soll, dann könnte man sich ja auch daran erinnern, wie die Franzosen nach ihrer völligen Niederlage 1871 sich in solchen Belangen verhalten haben.

Und die standen und stehen doch sicher — nach dem demokratischen Glaubensbekenntnis — auf einer „kulturell“ besonders hohen Stufe!

Also das Schielen nach dem Ausland ist bei der Beurteilung des Unternehmens vom 9. 11. 1923 gänzlich unangebracht.

Dazu stimmt die Sache überdies schon deshalb nicht, weil eine Großmacht der Entente am 9. November vormittags die neue Regierung dadurch anerkannt hat, daß ein Beauftragter ihr offiziell die Glückwünsche seiner Regierung übermittelte. Des Spätes halber sei noch angefügt, daß dieser Beauftragte einer von den Vertretern der Feindbundstaaten war, die am Abend des 8. November durch einen bedauerlichen Mißgriff einer Abteilung von Kampfbundtruppen vorübergehend in ihrem Hotel festgesetzt worden waren.

Ein Vorfall übrigens, der sich bei Revolutionen meist nicht vermeiden lassen wird, wie ich für die Angstmeier anfügen will, denen bei dem Gedanken an dieses furchtbare Unglück und seine entsetzlichen Folgen heute noch die Haare sich sträuben.

Bei näherer Betrachtung fällt also die Beweisführung, daß der „Hitlerputsch“ auch ohne die Schießübung an der Feldherrnhalle zusammengebrochen wäre, in sich zusammen.

Gingegen können wir eine Tatsache, die vielfach übersehen wird, einräumen, daß durch Hitlers Losschlagen der von Herrn von Kahr beabsichtigte Putsch ins Wasser gefallen ist.

Kahr und Genossen wollten, sagen wir einmal um bayerischer Belange willen, losschlagen. Die Völkischen hätten mit-

tun dürfen, sie sollten ihre Büttel und schließlich die Betrogenen sein.

Wer darüber Eingehenderes wissen will, braucht nur die Berichte des Untersuchungsausschusses des Bayerischen Landtags vom Dezember 1927 nachzulesen.

Dieses Ziel kam durch die Tat des 9. November unter die Räder. Daher die namenlose Wut und die Verfolgung der Hitleranhänger.

Die an trüben Tagen an sich nicht arme bayerische Geschichte ist durch den Verrat des 9. 11. 1923 um ein trauriges Kapitel vermehrt worden. Es ist ein Verhängnis, daß in die Staatsleitung dieses Staates, der einer der deutschesten ist, immer wieder Persönlichkeiten hineingelangen, die die Marionetten unbayerischer und außerbayerischer Kräfte sind.

Eine zusammenfassende Betrachtung der Tätigkeit des Statthalters der Monarchie, Herrn von Kahr, muß zu dem Ergebnis führen, daß unter ihm Rechtsbegriffe grundlegend verändert worden sind, d. h., daß Kahr praktisch in vielen Punkten die Loslösung Bayerns vom Reich vorbereitet und durchgeführt hat.

Hier treten Zusammenhänge zutage, die durch den Fuchs-Machhaus-Prozeß nur ungenügende Klärung gefunden haben, die auch gewisse vorbereitende Arbeiten Pittingers, des Vertrauten des Herrn von Kahr (z. B. über eine gesonderte Kohlenversorgung Bayerns), in eigenartigem Lichte erscheinen lassen. Die Wut gegen den „Preußen“ Ludendorff war keine zufällige Entgleisung. Sie lag ganz in dem Denkreis und der Willensrichtung jener Drahtzieher, die die Mainlinie nicht vergessen wollen. Dieser „Patrioten“ alter Prägung in neuer Auflage, die nur den Weißwurstäquator kennen, und denen das Wort „Deutsch“ heute noch eine unerhörte Beigabe ist.

Dieser merkwürdigen Sorte weißblauer Landesbewohner, deren Welt die Heimat ist, von der sie träumen. Die in ihrer engstirnigen Verbohrtheit einen Pfahlbürgerstaat ersehnen, dessen Zeitrechnung von 1866 wieder nach rückwärts verläuft.

Den Horizont dieser eigentümlichen Stammesbrüder hat ein bayerischer Landsmann einmal treffend so geschildert: sie kennen nur drei Rassen: erstens die „Bayern“ (natürlich nur

die patentierten!), zweitens: östlich von Salzburg die Schlawiner, drittens: nördlich des Mains die „Preußen“.

Letztere stellen natürlich den Inbegriff der Unbehaglichkeit dar. Eine gewisse Auflage bayerischer „Staatsmänner“ legt Wert darauf, diese eigenartigen staatlichen, oder wie man diplomatischer sagt, „eigenstaatlichen“ Gedankengänge stets wieder zu neuem Leben zu erwecken.

Preußen sagt man und das Reich meint man.

Ihrem Einflusse vermochte sich Herr von Kahr, wenn auch vielleicht nicht dem Willen, so doch dem Wirken nach nicht völlig zu entziehen.

Im Gegensatz zu ihm haben die Führer der Freiheitsbewegung und der Erhebung vom 8. 11. 1923 den Reichsgedanken verfolgt.

Wir Nationalisten lieben unsere Heimat Bayern leidenschaftlich; aber unser Vaterland heißt Deutschland.

Der rücksichtslose und bedingungslose Kampf, den diese Bewegung für die Erhaltung Bayerns beim Reich und gegen Absonderungsbestrebungen in jeder Form führte, hat ihr den Haß und die Verfolgung der Reichszerstörer eingetragen.

Dieser Haß gegen die Freiheitsbewegung beschränkte sich freilich nicht nur auf die Kreise, die einer Lösung Bayerns vom Reiche zustrebten.

Nicht minder heftige Ablehnung fand sie wegen ihrer revolutionären, vorwärtstrebenden Kampfziele bei all denen, die nur in einer Rückkehr zum Alten ihr Sehnen befriedigt sehen. Die Reaktion mußte, nach den vergeblichen Versuchen, die Kampfbünde für ihre Zwecke vorzuspannen, einsehen, daß sie in ihnen nie und nimmer Bundesgenossen finden würde.

Die junge lobende Freiheitsbewegung hat weder an der Wiedereinsetzung der im November 1918 davongelaufenen Thron- und Staatsstützen ein Interesse, noch wünscht sie eine Wiederherstellung der Zustände, die den 9. November herbeigeführt haben. Denn gerade für diese, die den Umsturz am leidenschaftlichsten bekämpfen, ist die Frage, ob der Novemberstaat, dem Kahr zur Auferstehung verhelfen wollte, nicht ein gerüttelt Maß von Schuld daran trägt, daß diese Revolte überhaupt Boden gewinnen und sich festsetzen konnte, längst beantwortet. Und als Monarchist, als den ich mich auch heute noch mit Stolz bekenne, lehne ich es entrüstet ab,

daß ein solches unwahres und dem Tode geweihtes System für sich die Statthalterschaft der Monarchie in Anspruch nehmen darf und damit dem monarchischen Gedanken für immer den Todesstoß verleiht.

Dieses System, das Schritt für Schritt zurückwich, sich schließlich selbst aufgab und den November 1918 gebär, wird, das ist meine feste Überzeugung, nicht mehr entstehen und endgültig zugrunde gehen. Der wiederholt betätigte Verrat der Reaktion an der jungen Freiheitsbewegung kann diesen ruhmlosen Untergang nur beschleunigen.

Als sichtbares Zeichen dieses unrühmlichen Verfalls ist zu werten, daß Hitler, der Mann der Front aus dem Volke, der sich durch eigene Kraft emporgearbeitet hat, durch den typischen Vertreter der Heimatbürokratie getäuscht worden ist.

Die Sozialdemokratie hatte nicht die Macht und nicht die Kraft zur Beseitigung des alten Systems; dazu fehlte ihr die sittliche Voraussetzung.

Die nationalsozialistische Bewegung allein ist imstande, dieses System niederzuringen.

Die bürgerliche Weltanschauung führt den Menschen, wenn er von der Schule ins Leben tritt, von diesem und seinem Volke weg zur bürgerlichen Gesellschaft. Deshalb hat sie es nicht vermocht, dem Arbeiter den Stolz und den Glauben an sein Volk und Vaterland zu geben. Schule und Staat haben den jungen deutschen Staatsbürger nicht — wie alle anderen Machtsstaaten, insbesondere Frankreich — zu Nationalisten erzogen, sondern zu Patrioten.

Der Patriot ist nur zu leicht geneigt, sich an Geste und Wort zu berauschen; der Nationalist erkennt nur die Tat an.

Wir müssen es uns verbitten, daß man uns mit der bürgerlichen und patriotischen Weltanschauung belastet und uns mit ihren Vertretern in einen Topf wirft. Wir sind weder bürgerlich, noch rechts, noch, nach dem heutigen Sprachgebrauch, national; wir sind radikal-völkisch-nationalistisch.

Wir sind deutsche Nationalisten und deutsche Sozialisten.

Auch keine Faschisten!

Deutsche Kämpfer brauchen keine fremden Vorbilder.

Das soll kein Werturteil über Mussolini sein.

Die deutschen Staatslenker werden vom Ausland belobt, Mussolini wird von allen gehaßt; das allein beweist, daß er der Staatsmann seines Volkes ist.

Aber wir brauchen in Deutschland keine Mussolinis 1:100 000. Wir haben in der eigenen Freiheitsgeschichte Vorbilder genug!

Der 9. November 1923 sah auf der einen Seite Idealismus, glühende Vaterlandsliebe, Begeisterung, Mut, Entschlossenheit, Offenheit und Ehrlichkeit, in einem Wort: das junge Deutschland; auf der anderen Nüchternheit, Bedenklichkeit, Hinterhältigkeit, Ehrenwortbruch, Eidbruch, Anordnung und Verleitung hierzu — kurz den verzweifeltsten Versuch eines absterbenden Geschlechts, sich an der Macht zu halten.

Auf der einen Seite selbstlose Kämpfer für eine heilige Sache, auf der anderen Seite neben Männern, die mit zusammengebißenen Zähnen ihre Pflicht erfüllten, Nützlichkeitspolitiker, in ihrer Gefolgschaft Soldempfinger, Leute, die sich durch Tapferkeit gegen deutsche Volksgenossen ihr Gehalt wieder erkämpfen oder die Sporen verdienen wollten; Wetterfahnen schwankender Überzeugung, Gesinnungsjongleure von nicht alltäglichen Ausmaßen.

Daß man, um den „Staat“ zu retten, das Volk verraten muß, diese Weisheit hat auch die spitzfindigste gegnerische Beweisführung mir nicht vermitteln können.

Auch die tiefe Einsicht jener Leute, die Volk und Vaterland ohne weiteres gleichsetzen mit der augenblicklichen Regierung, vermochte ich mir nicht zu eigen zu machen. Trotzdem doch von bayerischer Regierungsseite bei jeder nützlichen Gelegenheit immer wieder festgestellt wurde, damit man's nicht vergißt, daß wir in Bayern seit 1920 eine „nationale“ Regierung haben!

Der Betrachtung meiner Stellungnahme zur Reichswehr und Landespolizei will ich um deswillen einen besonderen Platz einräumen, weil ich am 9. 11. 1923 noch dem Reichsheer als aktiver Offizier angehörte, wenn ich auch bereits mein Abschiedsgesuch eingereicht hatte.

Ich kann an dieser Stelle nur eines nochmals wiederholen: Ich bin auch heute noch Soldat und nur Soldat. Dem Heere gehört mein ganzes Herz, mein ganzes Sinnen und Trachten.

Wenn ich das Verhalten der Wehrmacht am 9. 11. 1923 in meiner Verteidigungsrede vor dem Volksgerichte einer Würdigung unterzogen habe, die von vielen Kameraden der Reichswehr schmerzlich und bitter empfunden wurde, so geschah es wahrlich nicht, um das Nest, dem ich seit seinem Aufbau mit Stolz angehört habe, zu beschmutzen.

Ebenso wenig, um Kameraden, denen ich auch nach dem 9. 11. 1923 Freundschaft und Achtung bewahrte, bewußt zu kränken. Gerade weil ich wußte, wie viele ausgezeichnete Männer in den Reihen der Reichswehr standen, die entschlossen waren, im Heere zu verbleiben, mußte ich so reden.

Meine Worte waren ausschließlich der Ausfluß einer Sorge, die ich um die Entwicklung dieses einzigen Stützpunktes deutscher Art und deutscher Kraft in Neudeutschland hegte.

Denn es scheint mir ein Widerspruch zu sein, wenn die Leitung der Reichswehr auf der einen Seite die Weiterführung der Tradition der alten Armee für sich in Anspruch nimmt dadurch, daß sie Traditionstruppenteile mit der Pflege der Überlieferung der ruhmreichen Regimenter beauftragt, während sie auf der anderen Seite den überlieferten Soldatengeist des alten Heeres planmäßig niederhält.

Hier mag ein kurzer Überblick über den Entwicklungsgang der Reichswehr eingeschaltet sein:

Ihre Stammtruppen 1919 waren die Freikorps, die sich aus Idealisten und glühenden Nationalisten rekrutierten.

Diese Nationalisten durften Spartakus niederwerfen und für die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände kämpfen.

Als die Kämpfe vorbei waren, brauchte man keine Nationalisten mehr. Es kamen die anderen und setzten sich an ihre Stellen.

Nicht dem Kampfwillen, sondern der Verfassungstreue der Reichswehr galt nun die Sorge der Machthaber der Republik.

Im Ruhrgebiet 1920 bedurfte man nochmals geschlossener kampfgewillter nationalistischer Verbände.

Sie durften sechten, bis sie ihre Aufgabe gelöst hatten: Schutz und Sicherung der augenblicklichen Regierung.

Als sie diesen Auftrag erfüllt hatten, wurden sie heimgeschickt und in verwerflichster Weise beschimpft; die Freikorps verfielen der Auflösung.

Der Aufstand in Oberschlesien konnte die Throne der Männer, deren Kennzeichnung heute noch das Republikshukgesetz verhindert, nicht mehr erschüttern. Zu einem amtlichen Eingreifen lag daher kein Anlaß vor; der freiwillige Kampf deutscher Nationalisten gegen den polnischen Räuber wurde gnädigst geduldet.

Im Ruhrgebiet 1923 war es dann nur mehr einzelnen gestattet, Leben und Freiheit für Volk und Vaterland zu opfern; sie durften als „Verbrecherische Saboteure“ sich beschimpfen, verraten, verkaufen und erschießen lassen.

Die Reichswehr, das Instrument der Verfassung, mußte sich von diesen Freiheitstaten fernhalten.

Jede nationalistische Betätigung innerhalb des Heeres fiel unliebig auf und wurde unterbunden.

Im Herbst 1923 war die „Säuberung“ der Reichswehr durchgeführt. Die in der Truppe stehenden nationalistisch gesinnten Offiziere und Soldaten hatten zu schweigen und zu gehorchen. Die „Disziplin“ erforderte bedingungslose Unterordnung unter den Willen der Reichsleitung; zudem war ja die Truppe auf die Verfassung vereidigt und wurde „von der Republik bezahlt“.

Meines Erachtens ist nun allerdings der Eid auf die Verfassung, d. h. auf eine Sache, etwas Unnatürliches. Einen Eid kann der Mann eben nur dem Mann, nicht einer Form geben, ebenso wie er niemals einer Sache, sondern stets nur einer Person Gefolgschaft leisten kann.

So waren auch die Schwierigkeiten nicht groß, die bayerische Division aus dem Verband des Reichsheeres zu lösen; sie wurde eben auf Bayern verpflichtet und für den Gehalt bürgte der bayerische Staat.

Es kam der 8. November, an dem sich die Nationalisten erhoben, um die Reichswehr mit sich fortzureißen. Auf wen die bayerische Reichswehr gerade verpflichtet war, wußten wir nicht; wir hofften sie in jedem Falle zum Freiheitkampf auf unserer Seite zu haben.

Der „Staat“ aber gab den Feuerbefehl.

Und die bayerische Reichswehr und Landespolizei schoß auf die Freiheitskämpfer.

Welch' Wandel von 1919 bis 1923!

Ich habe später versucht, dem Verhalten von Heer und Polizei, deren Zucht und Unterordnung durch die Führung dieser kaum tragbaren Belastungsprobe unterworfen worden war, gerechter zu werden.

Ich vermag es nicht.

Wenn freilich irgend etwas dazu beigetragen hat, einem unvoreingenommenen Urteil von vornherein entgegenzuwirken, so war es das Lob roter und ähnlich gerichteter Presse-erzeugnisse. Wenn ein Organ vom Schlag der „Münchener Post“ den Soldaten ihre „Treue und Vaterlandsliebe“ ausdrücklich bestätigt, so ist es darum ein eigen Ding. Dies mußte auch die Reichswehr zum Nachdenken zwingen, auf welchen Weg sie durch ihre damalige Führung geleitet wurde.

Der bayerische General, der die Reichswehr gegen die Kampfverbände aufbot, auch einer der „Retter des Vaterlandes“, hat später stolz verkündet, er habe den „Putz“ niedergeschlagen, „weil der Feind an den Grenzen stand“.

Man könnte auch an eine andere Überlegung denken: „Weil der Feind an der Grenze steht, schieße ich nicht auf Volks-
genossen.“

So wenigstens folgerte einstmals ein anderer General, dem eine ähnliche Aufgabe zugemutet wurde. Das war allerdings kein bayerischer Staatsretter, sondern nur Napoleon Bonaparte.

Was ich für verderblich hielt, mußte ich sagen. Und wenn ich es tat, dann, so glaube ich, handelte ich nicht nur der Absicht, sondern auch dem Ergebnis nach nicht gegen die Reichswehr, sondern für sie.

Mein Ziel war, rückhaltlos den Söldnerstandpunkt zu bekämpfen, der das Heer, die Schule der Wehrkraft und den Sammelpunkt des Kampfwillens der Nation, zu einem wirtschaftlichen Versorgungsinstitut herabgewürdigt wissen will.

Unter dem Drude und unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Not ist im Staatsdienst vielfach ein Typ Menschen herangebildet worden, der der Rücksicht auf Stellung und Brot jede persönliche Willensmeinung unterordnet.

Pöbner hat diese Sorte von Staatsdienern mit dem Ausdruck „Beamtenhuren“ gekennzeichnet.

In einer Ansprache an die Beamten seiner Polizeidirektion sagte er einmal, daß er seine Untergebenen in zwei Klassen einteile: in Beamte und Tagelöhner. Unter Beamten verstehe

er nur die Männer, die unbeirrt den Weg ihrer Überzeugung gingen.

Im besonderen Maße bedarf aber das Heer selbständiger und verantwortungsfreudiger Führerpersönlichkeiten.

Es war immer das schöne Vorrecht des Offiziers, daß er die wirtschaftlichen Belange zurückstellt hinter die großen Ideale, auf die gerade sein Stand ihn verweist und ohne die sein Beruf nicht bestehen kann.

Wenn das Heer nicht von Offizieren, sondern von festbesoldeten Beamten des Reichsheeres, von Gehaltsempfängern, geführt wird, ist es nicht fähig, den letzten, nur ihm vorbehaltenen Aufgaben gerecht zu werden. Denn, um die „Bezahlung“ stirbt man nicht, sondern nur um „Ideale!“

Man findet selten ein rotes Presseerzeugnis, das sich mit dem Offizierskorps beschäftigt, ohne daß dabei hervorgehoben wäre, daß es „von der Republik bezahlt“ werde.

Diesem dummen Geschwätz, das ein Gorilla dem andern nachplärrt, muß endlich einmal scharf entgegengetreten werden.

Ebensowenig wie das Königliche oder Kaiserliche Offizierskorps aus der Schatulle des Landesherrn besoldet wurde, wird das jetzige Offizierskorps aus der Tasche der republikanischen Würdenträger, die doch die Republik verkörpern, bezahlt.

Nein: damals wie heute wird die Besoldung aus den Steuergeldern des gesamten Volkes bestritten, wobei ich dahingestellt lasse, ob der Teil des Volkes, der den Großteil der Steuern abführt, von dieser Republik besonders begeistert ist. Also nicht die Republik, sondern das deutsche Volk zahlt. Das sind immer noch zwei Paar Stiefel, meine Herren Sozi! Insbesondere hat der ausgeschiedene Offizier, der Ruhegehalt bezieht, einen Rechtsanspruch darauf an den deutschen Staat, weil dieser ihm seit seinem Eintritt in das Heer einen Teil der Gebühren ausschließlich zu diesem Zweck zurückbehalten hat. Übrigens meine ich, daß die Machthaber der Republik nicht aus reiner Menschenliebe und edlem Rechtsgefühl heraus darauf verzichtet haben, Hand auf die Ruhegehälter zu legen; sie sagten sich wohl in kluger Berechnung: Pensionen sind die sicherste Bürgschaft für Ruhe und Ordnung. Je höher die Ruhegehälter der hohen und höchsten Würdenträger der Monarchie, desto geringer das Bedürfnis, diese aufs Spiel zu setzen! Dies wollte ich nur so beiläufig in diesem Zusammen-

hange streifen. Es ändert nichts an der grundsätzlich notwendigen Einstellung des Offiziers gegenüber wirtschaftlichen Rücksichten.

Im Frühjahr 1928 wurde von den „staatserhaltenden“ Parteien des Reichstags, um deren Gunst die Reichswehr damals besonders besorgt war, der sogenannte „Phöbus-Scandal“ in Szene gesetzt. Herr Gehler hatte es vorgezogen, vor Aufführung dieses Spektakels die Bühne zu verlassen. Eine Abteilung des Reichswehrministeriums hatte auf etwas großzügige Art in einige Unternehmungen Geld gesteckt und dabei mehrere Millionen verloren. Im Zeitalter des „Generals“ Dawes und Judko Barmats eigentlich keine erschütternde Angelegenheit. Das Ungewöhnliche und somit der Fehler war nur, daß mit den Geldern vaterländische Unternehmungen gefördert werden sollten und daß der Leiter der Abteilung, Kapitän Lohmann, sich nicht persönlich bereichert hat.

Deshalb stürzten sich die Parteigenossen der Lange-Hegemann und Bauer wie die Wilden auf den unglücklichen Offizier, der den Errungenschaften der Revolution so fremd gegenüberstand.

Warum ich den Fall in diesem Zusammenhang anführe? Weil er beweist auf der einen Seite, daß soldatisch erzogene Offiziere zu Händlern nicht taugen und deshalb die Finger davon lassen sollen. Auf der andern Seite aber, daß der Zeitgeist, Geschäfte zu machen, selbst bei untadeligen Offizieren und in hohen Stellen des Heeres Eingang gefunden hatte.

Die Schuld liegt sicher hier nicht an dem Offizier, der den Sündenbod abgeben mußte und selbstverständlich von seinem Auftraggeber in die Wüste geschickt wurde, sondern an einem System, das unverrückbare Grundsätze der einst besten Armee der Welt preiszugeben bereit ist.

Nicht die Parlamentarier freilich haben das Recht zu rufen „Wirtschaft, Horatio!“; sie dürften am wenigsten dazu berufen sein.

Wohl aber liegt es an den höchsten Führern des Heeres, einen Geist und eine Einstellung aus der Armee zu verbannen, die ihrer Bestimmung zuwiderläuft. Und damit Befürchtungen zu zerstreuen, die von den Freunden, nicht von den berufsmäßigen Zerstörern der Armee gehegt werden!

Und ich muß hier schon noch eines einfügen: Das Verhalten, das die Vertreter des Reichsheeres in den sogenannten Gememordprozessen des Jahres 1928 an den Tag gelegt haben, war alles andere als ein Bekenntnis zum heldischen Gedanken, zu Treue und Kameradschaft bis zum letzten.

Der Name des Generals Pawelz, als des typischen Vertreters der republikanischen Reichswehrbehörden, wird stets mit dieser organisierten Deutschenverfolgung und Preisgabe opferbereiter Kameraden verbunden bleiben. Der General mag ein zuverlässiger Republikaner sein, ich bestreite das nicht, aber Soldat? — ich weiß wirklich nicht, ob sich das Volk einen Soldaten so vorstellt? Und ob Napoleon von ihm gesagt hätte: voilà un homme!? (Das ist ein Mann.) Ich glaube es nicht.

Die angesichts solcher Beobachtungen auftretende Befürchtung, daß Nützlichkeitserwägungen zeitweise den Vorrang vor den überlieferten Standesauffassungen gewannen, ist schwer von der Hand zu weisen.

Neben dieser Besorgnis komme ich auch darüber nicht hinweg, daß Offiziere, sagen wir einmal aus Prestige Gründen, bei dem Reichsheer gehalten wurden.

Die Makellosigkeit des Offizierkorps muß so rein erhalten werden, daß sie auch über jeden Schein erhaben ist.

Die Belassung des Oberleutnants Braun im Heere trotz seines Verhaltens im Gerichtssaal hat dieser Forderung nicht genügt.

Aus diesem Gesichtspunkt heraus habe ich in meiner Rechtfertigungsrede im Prozeß das warnende Wort von der Wahl zwischen Treue und Gehalt als Menetekel ausgesprochen.

Ein Mahnruf sollte es sein, um die Schläfer zu wecken.

Der Generalstaatskommissar Dr. Ritter von Rahr sagte im Gerichtssaal: „Die Reichswehr ist das Instrument, mit dem der Kommunismus niedergehalten werden kann.“

Der Ausspruch beweist, daß in der Auffassung über Zweck und Beruf des Heeres die „nationale“ bayerische Staatsregierung sich damals mit der demokratischen Reichsregierung in voller Übereinstimmung befand.

So wird es auch verständlich, daß am 9. 11. 23 zur Niederwerfung der völkischen Erhebung sich zwei scheinbar entgegengesetzte Pole, die ich vielleicht am besten durch die Namen

Gesler und Matt charakterisiere, gleichsam von selbst zusammenfanden und vereinten.

Darüber vermag auch nicht hinwegzutäuschen, daß die bayerische Staatsregierung nach Wiederaufnahme der bayerischen Division in den Verband des Reichsheeres, die bekanntlich am 9. 11. 1923 erfolgte, eine größere Selbständigkeit der bayerischen Reichswehr verfassungsmäßig festgelegt wissen wollte.

Um Formen stritt man sich, im Wesen war man sich einig.

Gegen diese Zweckbestimmung des Reichsheeres, der der „Staatsmann“ und Nichtfrontsoldat Rahr Ausdruck verlieh, muß mit aller Schärfe Verwahrung eingelegt werden.

Die Armee ist keine Wach- und Schließgesellschaft.

Die Niederhaltung des Kommunismus kann so wenig Aufgabe und Zweck der Reichswehr sein, wie die Niederknüppelung der Völkischen, für die Rahr sie eingesetzt hat.

Vor einem nochmaligen 9. 11. 23 möge Gott die Reichswehr beschützen! Nie und nimmer kann ihr Daseinszweck sein, deutsche Volksgenossen, und seien es auch böse Rechts- oder Linksradikale, niederzuhalten und niederzuschießen.

Die Reichswehr wird und muß ihre Aufgabe darin erblicken, die Macht an den Grenzen zu halten und das stolze Erbe der ruhmvollen deutschen Armee bis zu dem Tage in stiller Selbengröße zu verwahren, bis der Ruf an alle deutschen Kämpfer ergeht, die Fahnen wieder zu entrollen und an den Rhein zu marschieren.

Das „Immer daran denken“ wird Reichswehr und Nationalisten wieder einen und dieser Geist wird sie gemeinsam nach Tauroggen und Leipzig führen.

30. Als Angeklagter vor dem Volksgericht.

Am 26. 2. 1924 begann der sogenannte „Hitlerprozeß“ vor dem Volksgericht München I, das in den Räumen der Kriegsschule, wo ich meine Fahnrichszeit 1907 zugebracht hatte, zusammengetreten war.

Wenige Tage vorher hatten Versuche eingesetzt, mich und meine Freunde zu einer „maßvollen Zurückhaltung“ im Prozeß zu bewegen. Anscheinend in hohem Auftrag suchte Professor Bauer am 19. 2. 1923 uns im Gefängnis auf. Er hatte unbegrenzte Sprechzeit ohne Aufsicht erhalten, was bisher noch nie gewährt worden war. Ich nahm seine Ausführungen

ohne Stellungnahme zur Kenntnis. Auch mein Rechtsvertreter, Justizrat Schramm, legte mir die Gedankengänge dar, die er nach Rücksprache mit den Vertretern der Gerichtsbehörde mir zu übermitteln für geboten erachtete. Ich erwiderte ihm darauf am 22. 2. 1924 mit einem Schreiben, dessen erster Teil lautete:

„Nach reiflicher Überlegung komme ich zu einer Ablehnung der von Ihnen entwickelten Gedankengänge. Ohne dem Entschluß der Herren General Ludendorff, Hitler und Oberstleutnant Kriebel vorzugreifen, bitte ich doch, diesen Herren mitzuteilen, daß ich für meine Person eine eingeschränkte Führung des Prozesses nicht als richtig ansehe und mir die hierfür geltend gemachten Gründe nicht zu eigen zu machen vermag. Vielmehr sehe ich immer mehr eine wirkliche und alleinige Möglichkeit der Gesundung unserer unerträglichen Zustände in der rücksichtslosen Führung des Prozesses. Die von Ihnen mir mitgeteilten Auffassungen der Kreise, die einer möglichen Beschränkung der Verhandlungen das Wort reden, laufen letzten Endes doch nur auf die Weisheit hinaus: „Um Schlimmeres zu verhüten.“ Mit dieser Politik sind wir glücklich zu dem Scherbenhaufen gekommen, vor dem wir heute stehen. Die völkische Idee verträgt diese Kompromisse und Halbheiten nicht. Nachdem der Kampf uns nun vor die Schranken des Gerichts geführt hat, halte ich dafür, hier mit allen zur Verfügung stehenden Waffen den Kampf aufzunehmen und durchzuführen. Der Gedanke einer Schonung der Persönlichkeiten Rahr, Lössow und Seißer ist mir unerträglich. Wir sehen ja jetzt schon, wie man die Sache decheln möchte: Rahr bleibt Regierungspräsident, Seißer, der seit November 1918 immer wieder auf die Füße gefallen ist, Polizeichef. Nein, so haben wir nicht gewettet. Wir wollen doch nicht einen Fuchs-Machhaus-Prozeß in zweiter Auflage.

Unsere Idee verlangt, das ist meine feste Überzeugung, vollständige Klärung und daher rücksichtslosen Kampf. Aber auch rein persönlich bin ich gar nicht gewillt, irgendwelche Konzessionen zu machen.

Ich bin nunmehr seit 9. November 1923 in Haft.

Nach Lage der Sache muß ein Freispruch erfolgen.

Trotzdem sind sämtliche Haftbeschwerden, die Sie die Güte hatten, vorzulegen, vom hohen Roß aus verworfen worden. Die Herren Rahr und Genossen waren natürlich

nicht ‚dringend verdächtig‘; man hat ihnen nun Monate Zeit gelassen, die Spuren ihrer Vorbereitung und Beteiligung zu verwischen. Auch die Untergebenen werden wohl mittlerweile richtig eingestellt sein.

Diese Tatsache allein kennzeichnet für mich genügend die Rechtslage.“

Hochgemut und entschlossen verließ ich am 25. 2. Stadelheim; ich wurde im Kraftwagen nach der Blumenburgstraße gebracht.

Für die Unterbringung und Verpflegung in den Räumen der Infanterieschule war aufs beste gesorgt. Neben ausgiebigem Polizeischutz im Hause waren auch einige Hundertschaften der Landespolizei im Gebäude des Kadettenkorps zu unserer Ehrung kaserniert.

Vorsitzender des Volksgerichts, das über uns zu urteilen hatte, war der Landgerichtsdirektor Reihardt, ein Mann vornehmer Denkart und rechtlicher Gesinnung, den wir um seine Aufgabe, diesen Prozeß durch alle Klippen durchzuführen, wahrlich nicht beneideten. Ein Anzahl Volksrichter stand ihm zur Seite. Auch ein Aufpaffer des Justizministeriums gab uns stets die Ehre und dürfte den Vorsitzenden oft mit unerwünschten Anregungen unterstützt haben.

Die Staatsanwälte Stenglein und Dr. Ehard vertraten die Anklage. Während das Verhalten Stengleins, der als Frontkämpfer auch die soldatischen Motive der Angeklagten zu würdigen bestrebt war, durch Sachlichkeit und Zurückhaltung wohlthuend berührte, gaben die Angriffe und Bemerkungen Ehardts oft Anlaß zu erregten Zusammenstößen.

Im Gerichtssaal traten wir uns zum ersten Male wieder seit dem 9. 11. 1923 alle gegenüber, konnten uns in die Augen sehen und die Hände reichen: General Ludendorff, Adolf Hitler, Oberstleutnant Kriebel, Präsident Böhner, Oberamtmann Dr. Fried, Dr. Weber, Oberleutnant Brüdner, die Leutnants Wagner und Bernet. In unsere Verteidigung teilten sich die Justizräte Schramm, Kahl, Bauer und von Jezschwitz, die Rechtsanwälte Luetgebrune, Dr. Holl, Dr. Götz, Hemmeter, Roder und Gademann.

Es wäre wohl besser gewesen, wenn wir Angeklagten gemeinsam einige Anwälte zur Vertretung unserer gemeinsamen

Belange genommen hätten und diesen die Teilung der Aufgabenteile überlassen hätten, statt daß jeder einzelne mit seinem Rechtsvertreter auf der Anklagebank erschien. Jedoch fehlte auch so jeder der Anwälte sein ganzes Können und Wissen für unsere Sache ein.

Daß es ihnen nicht gelang, ihre Beweisführung zum vollen Siege, d. i. zur Freisprechung der Angeklagten zu führen, lag gewiß nicht an ihnen. Das Urteil war von vornherein gefällt und die Widerstandskraft einiger Volksrichter gegen die Verurteilung wurde sanft, aber mit schließlichem Erfolg überwunden. Ein Kanossagang, wie ihn der temperamentvolle Justizrat Kahl während des Prozesses einmal machen mußte, wäre aber wohl bei einer Prozeßführung, wie ich sie oben andeutete, vermeidbar gewesen. Daß wir Angeklagten und die Verteidiger diesen Gang überhaupt zuließen, statt den Kampf mit dem Gericht bis auf die Spitze zu treiben, war eine Nachgiebigkeit, der sich außer Hitler, Brüdner und mir niemand widersetzte, die sich aber im weiteren Verlauf und in der Entscheidung wohl bitter gerächt hat.

Ein freudiges Wiedersehen war es, als ich Hitler wieder die Hand schütteln konnte. Er hatte schwere innere Kämpfe hinter sich; in Landsberg war er sogar in den Hungerstreik getreten, von dem ihn nach langem Zureden Drexler und ein weiterer Parteifreund nur mit Mühe abgebracht hatten.

Bei dem Wiedersehen schien es mir, als ob Hitler Vorwürfe seiner Kampfgenossen vom 8. 11. für den Fehlschlag des Unternehmens befürchtet hätte. Um so freudiger war er bewegt, als er bei uns allen die alte Kampffreudigkeit und Siegesstimmung fand, die auch ein mehrmonatiger Gefängnis-aufenthalt in keiner Weise hatte beeinträchtigen können.

Die Vorgänge im Gerichtssaal will ich übergehen; sie sind in der gesamten Weltpresse ausführlich wiedergegeben worden.

Von den Zeugen, die gegen uns ins Feld geschickt wurden, bot wohl der Generalstabschefkommissar Dr. Gustav Ritter von Rahr, der sich an nichts mehr erinnern konnte, das bedauerlichste Bild. Ihm gegenüber stand das Verhalten des Generals von Lossow, der für die schlechte Sache, die er zu führen hatte, wenigstens kämpfte, vorteilhaft ab.

Die Gesundheit der hohen Staatsretter litt allerdings unter den Schlägen, die sie im Prozeßsaal erlitten, so stark,

daß sie sich zu einem Genesungsaufenthalt nach Korsu entschließen mußten. Ihr seelischer Zusammenbruch beweist, daß man seine Ehre nicht ungestraft als politisches Handelsobjekt verwenden kann. Polizei und Gericht, die sonst jeden Völkischen, der nur ein Abzeichen trug, wild verfolgten, hatten auffallenderweise gegen die Flucht nichts einzuwenden, obwohl ein gerichtliches Ermittlungsverfahren, wenigstens der Form halber, gegen sie geführt wurde. Die bayerischen Gerichte hatten Wichtigeres zu tun: sie mußten dafür sorgen, daß die in der Strafanstalt Landsberg neugebauten 20 Zellen auch passend belegt wurden, damit der Neubau nicht umsonst erfolgt war.

Den Gesamteindruck, den ich von den übrigen Zeugen, soweit das Gericht ihre Vernehmung herbeiführte bzw. zuließ, gewann, kann ich nicht verhehlen.

Während die Aussagen der Vertreter der sogenannten führenden Gesellschaftsschichten, insbesondere mancher hohen Offiziere, bedächtig abgewogen waren, um dem System Kahr, das sie liebten, gerecht zu werden, sprachen die sogenannten kleinen Leute, frisch und frei von der Leber weg, wie es ihnen Gewissen und Überzeugung eingab.

Es zeigte sich eben auch hier wieder und muß einmal offen ausgesprochen werden, daß die Treue, Anhänglichkeit und Kameradschaft beim schlichten Mann mehr zu Hause ist, als bei den oberen Zehntausend alter und neuer Prägung. Der einfache Mann kennt keine Vorbehalte, kein Ehrenwort auf Widerruf. Er wandelt nicht auf den verschlungenen Pfaden der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, die die Lüge zum Gebot erhebt, sondern er schreitet auf der breiten Straße des Volkes festen Trittes dahin. Er belügt sich nicht selbst und ist treu gegen sich; deshalb ist er auch treuer gegen die anderen.

Mit Bedeutung hat der zweite Kriegsartikel des Soldaten die Treue als seine erste Pflicht bezeichnet. Zur Treue muß sich ein Volk, das einen November 1918 erlebt hat, erst wieder zurüdfinden. Nur auf diesem von Betrug und Verstellung gereinigten Boden kann die Wiebergeburt erstehen.

Treue des Geführten zum Führer; nicht minder aber des Führers zum Gefolgsmann. Besonders letzteres mögen sich die Männer, die sich als Führer berufen fühlen, stets vor Augen halten! Mir will scheinen, daß gerade hierin in den letzten Jahren unendlich viel gesündigt wurde.

Solchen Gedankengängen wollte ich im Gerichtssaal Ausdruck geben, als ich die Treue des einfachen Mannes der mangelnden Gesinnungsstärke mancher Offiziere gegenüberstellte.

Ich will gewiß nicht verallgemeinern: das Verhalten einiger Zeugen forderte mich zu dieser Feststellung aber geradezu heraus.

Unter gar keinen Umständen und in gar keiner Lage durfte, wie es insbesondere die Führer der Münchner Offizierverbände taten, die Ritterlichkeit, die ihnen Stand und Beruf auferlegte, der sogenannten Staatsautorität geopfert werden.

Einen erfrischenden Eindruck machten die pflicht- und wahrheitsbewußten Darlegungen fast aller Kriminalbeamten.

Die Schule Böhner ließ sich nicht verkennen.

Ein leichtes Schmunzeln konnten wir allerdings nicht unterdrücken, als einer dieser Zeugen, offenbar ein zweiter Sherlock Holmes, der am 8. 11. im Bürgerbräukeller Dienst getan hatte, ausagte:

„Als die Maschinengewehre in den Saal gebracht wurden, da merkten wir, daß etwas nicht in Ordnung sein müsse.“

Die Reden der Verteidiger standen allesamt auf einer ungewöhnlichen Höhe.

Die ziellaren, überzeugenden, von hoher Warte des Rechts gesprochenen Worte des Rechtsanwalts Luetgebrune fanden ihr Gegenpiel in den temperamentvollen, die Herzen tief bewegenden und wachschüttelnden Ausführungen des Justizrats Kohl und des Rechtsanwalts Holl.

Justizrat Schramm, der zu meiner Rechtfertigung das Wort ergriff, wußte in meisterhafter Rede Gericht und Zuhörer in den Bann seiner Darlegungen zu zwingen. Ich will ihm auch an dieser Stelle nochmals von Herzen für seine hervorragende Hilfe danken. Denn nicht nur mit seinem hohen juristischen Können und seiner Rednergabe, sondern auch mit ganzer Person, mit Herz und Gemüt hat er den Kampf für mich geführt.

Von den Reden der Angeklagten machten die Worte Ludendorffs großen Eindruck.

Seine viel angegriffene Rechtfertigungsrede war wohl der Ausgangspunkt des Kampfes, den er seither mit rücksichtsloser Schärfe gegen Rom führt.

Die glühenden Worte Adolf Hitlers padten die Herzen so mächtig, daß im Gerichtssaal, auch am Richtertisch, in aller Augen Tränen glänzten.

Ich selbst trat frei und stolz vor meinen Richter. Den Gedanken, mich für meine Tat am 8. 11. 1923 verteidigen zu müssen, lehnte ich von vornherein ab.

Denn es wäre mir eher noch verständlich gewesen, daß ich vor einem Revolutionstribunal mich dafür hätte verantworten müssen, daß ich für König und Vaterland gekämpft hatte, als vor einem deutschen Gericht die Tat des 8. November 1923 zu rechtfertigen.

Mein Standpunkt war: Wenn wirklich die Weltanschauung der Charakterlosigkeit, Hinterlist und Untreue von einem deutschen Gericht als die richtige angesehen werden sollte, dann wollte ich lieber im Gefängnis leben.

Die Tat, für die ich mich zu verantworten hatte, zu beschönigen oder sie gar zu bereuen, daran dachte ich nicht: Ich war stolz auf sie und stand für sie rückhaltlos ein.

Wir wurden, wie die Führung des Prozesses schon vermuten ließ, verurteilt.

Pöchner, Kriebel, Hitler und Weber mußten den Rest der verhängten Strafe in Landsberg verbüßen. Ich wurde mit den anderen Angeklagten mit Bewährungsfrist auf freien Fuß gesetzt.

Vor den Toren der Kriegsschule harrte eine große Menschenmenge, um die „Hochverräter“ zu begrüßen. Verrittene Schutzmannschaft, die nach Art der Kosaken in die Volksmassen sprengte und mit Peitschen und Knüppeln wahllos auf Männer, Weiber und Kinder einhieb, konnte die Begeisterung nicht niederhalten.

Am 1. April 1924 war ich wieder ein freier Mann. Noch am gleichen Tage wurde ich von meinen Freunden und Kampfgenossen herzlichst begrüßt.

Zwei Wege standen mir nun nach wiedererlangter Freiheit offen:

Der eine, der Weg der grenzenlosen Verachtung, der in der Einstellung mündet: Wir haben alles getan, dieses Deutschland, das uns immer und immer wieder mit Undank, Schimpf und Schande gelohnt hat, zu retten. Es will nicht gerettet werden und ist daher nicht zu retten. Mag es mit sich selbst fertig

werden! Ich will nun gar nichts mehr wissen und lebe wie die vielen Millionen sogenannter Deutscher nur mir selbst. Der andere Weg zeigt auf seinem Weiser die Worte auf: Deutschland, Deutschland über alles, und im Unglück nun erst recht!

Wir wissen, daß in der Geschichte noch nie Großes erreicht wurde ohne viele Rückschläge, Niederlagen und Enttäuschungen, wir sind überzeugt, daß nur der fanatische Nationalismus Deutschland retten kann und ihm der Endsieg gehört.

Die Märtyrer und Helden, die für unsere heilige Sache gefallen sind, haben uns das Vermächtnis hinterlassen, für Deutschlands Erhebung zu kämpfen und zu siegen.

Ich wußte, welchen der Wege ich zu gehen hatte.

Dem einfachen Mann sollte mein Herz und meine Arbeit gehören: ich wollte ihm ein getreuer Freund, Kamerad und Führer sein. Dem schlichten, gewöhnlichen Mann aus dem Volk, der im Felde meine ganze Bewunderung und Achtung gefunden hatte.

Der Krieg, in dem der Geringste der Söhne Deutschlands mit mir das gleiche Schicksal teilte, mit mir Schulter an Schulter im Kampf stand und dem Tod ins Auge blickte, hat die Schranken, die die bürgerliche Gesellschaftsordnung zwischen ihm und mir einst aufgerichtet hatte, für immer niedergedrückt.

Bei dem Besuch eines Freundes auf einem Truppenübungsplatz der Reichswehr hatte ich Gelegenheit, das dortige Offizierheim zu sehen. Nur ein Bild schmückte den weiten Raum: es stellte den vorwärtstürmenden unbekannten Kämpfer der Front dar.

In tiefer Bewegung stand ich vor diesem eindrucksvollen Sinnbild. Der Kommandant des Platzes, der alle alten Erinnerungsbilder aus dem Saale verbannt und nur dieses eine an ihre Stelle gesetzt hatte, hatte durch nichts sinnfälliger die Weihe des Fronterlebnisses zum Ausdruck bringen können.

Der schlichte graue Held, dessen Namen und Stand niemand kennt, hat die erlauchten Träger tönenden Namens und ragenden Standes verdrängt.

Nur ein echter Führer der Front, der das erhabene schaurige und jauchzende Erleben wehrender Wacht und schmetternden Sturmes in seinem Herzen trägt, konnte dieses Bild den Männern vor Augen stellen, die berufen sind, das Erbe eines Heldenheeres, das einem Meere von Eisen und Blut getrogt hat, zu wahren und zu mehren.

Nur ein Führer, das wahre Vorbild eines Offiziers, der im Dreck und Schlamm, in Qualm und Glut eins wurde mit allen Söhnen deutscher Erde, die seiner Fahne folgten!

Zu streiten, ob die Leistungen des Offiziers oder die des Mannes im Felde höher einzuschätzen sind, ist sicher müßig; aber darüber kann kein Zweifel sein, daß der Mann im Ertragen von Anstrengungen und Entbehrungen mehr leisten mußte. Die Opfer, die gerade der Arbeiter- und Bauernstand brachte, sind angesichts der Tatsache, daß der Staat von ihnen nur forderte und nichts gab, vergleichsweise höher zu bewerten.

Niemals und nirgends freilich sind Standesgruppen erbärmlicher um die Frucht ihrer Taten betrogen worden, als gerade die arbeitenden Schichten des Volkes durch ein System, das unter der erlogenen Parole der „Gleichheit und Würde“ sich Eingang verschafft hat.

Würde eine, ihrer Verantwortung bewußte Volksregierung das rüde und überhebliche Verhalten gewisser freistaatlicher, die Republik schützender Polizeiorgane ungestraft hingehen lassen?

Das „verruhte monarchische System“ hätte solche Elemente zum Teufel gesagt; in der modernen Stidluft des demokratischen Reiches der Würde und Brüderlichkeit und des Parteibuches konnte dieser Typ sich erst entfalten.

Vor den Wahlen macht der emporgekommene Bonze in Volks- und Arbeiterfreundschaft; im Pfuhe der Futtertrippe kennt er nur sich und verleugnet den Bruder.

Auch bei vaterländischen Bierfeiern ist es heutzutage Mode geworden, den Ausspruch von sich zu geben, daß man „um die Seele des Arbeiters ringen müsse“.

Ich wollte dem Arbeiter, dem einfachen Mann, in Wirklichkeit Bruder und Freund sein. Die oft gepriesene Kameradschaft gedachte ich nicht in Worten kund zu tun, sondern durch die Tat zu beweisen.

Den Maßstab, daß Stand und Vorbildung, etwa die Reifeprüfung eines humanistischen Gymnasiums, oder gar der Geldbeutel für die gesellschaftliche Achtung und die Ehre eines Mannes erheblich sind, wies ich von mir.

Die Frage konnte nur lauten: Bist du mit Herz und Hand ein Deutscher und bereit, fürs Vaterland zu leben und zu sterben, dann bist du mein Kamerad und Genosse meiner Ehre. Bist du es nicht, dann verweigere ich dir Achtung und Ehre.

Einem Volk der Kämpfer wollte ich dienen, nicht einem Volk der Dichter und Träumer: einem Volk, das meinethalben, nach jetzigen Begriffen, mehr Fehler als sogenannte Vorzüge hat.

Mit diesem Willen trat ich in die Freiheit und ins politische Leben hinaus.

III. Kämpfer der völkischen Front

31. Abgeordneter des Deutschen Reichstages.

Eine Idee kann durch Gummiknüppel nicht erschlagen werden. Nicht nur Kahr-Bayern, das ganze demokratische Deutschland versuchte um die Wende der Jahre 1923 und 1924 die völkische Bewegung zu zertrümmern.

Aus Kampf, Not und Unterdrückung erhob sie sich im Frühjahr 1924 stolzer und stärker denn je.

Der Hitlerprozeß, der für Wochen die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich lenkte, hatte ihr den Boden im Herzen der Deutschgesinnten bereitet; im ganzen Volke hatte die Bewegung Fuß gefaßt.

Die Wahl zum Bayerischen Landtag, die unter dem Eindruck des Prozesses am 6. 4. 1924 stattfand, gab dieser Volksstimmung berebten Ausdruck.

Kurze Zeit darauf bekannten sich auch im ganzen deutschen Vaterland Hunderttausende zur völkischen Bewegung: am 4. 5. 1924 wurde ich als Abgeordneter der Nationalsozialistischen Freiheitspartei mit 31 anderen völkischen Freunden in den Reichstag gewählt.

Das hohe Erbe, das die Männer, die in der Kriegsschule vor den Schranken des Gerichts gestanden waren, der Bewegung in die Wiege gelegt hatten, galt es nun zu erhalten und zu fördern.

Aus der großen Zahl der Anhänger und Freunde eine politische Bewegung zu formen, war die große Aufgabe, die nun der Lösung harrte.

Den Abgeordneten fiel in diesem Rahmen die Bestimmung zu, Mittler zu sein zwischen der Führung und den Männern, die in den deutschen Gauen den Aufbau und die Organisation der Bewegung leiteten, und den Kampf an vorderster Stelle zu führen.

Die Frage, ob es richtig war, daß die Völkischen in das Parlament gingen, ist ja viel umstritten worden. Meines Erachtens durfte sie nicht damit abgetan werden, daß man auf die Mißerfolge und Zersplitterungen wies, wie sie besonders deutlich im Bayerischen Landtag 1924 und im zweiten Reichstag 1924 in Erscheinung traten. Die Gründe hierfür lagen in den Kinderkrankheiten, wie sie die gesamte völkische Bewegung seit ihrem öffentlichen Hervortreten und ihrer unerwarteten Machtgewinnung durchzitterten. Von dieser Erscheinungsform die Notwendigkeit des Verzichtes auf jede Vertretung in den öffentlichen, zur Zeit im staatlichen Leben noch bestimmenden Körperschaften abzuleiten, hielt ich damals bereits für abwegig. Ich erachtete den Entschluß Hitlers, den er während unserer gemeinsamen Haft in der Kriegsschule faßte, der Entsendung völkischer Vertreter in die Parlamente zuzustimmen, für richtig. Die Entwicklungskrankheiten mußten ebenso überwunden werden wie die Irrungen und Wirrungen, die bis 1928 die völkische Bewegung noch schüttelten.

Gerade aber meine Tätigkeit im Reichstag selbst hat mir die Notwendigkeit, daß die völkische Bewegung in ihrer Gesamtheit besondere Vertreter in die gesetzgebenden Körperschaften entsandte, zur Gewißheit gemacht. Denn zu meinen, daß irgendeine Partei die Wahrung völkischer Interessen zu übernehmen bereit und in der Lage gewesen wäre, ist ein kindlicher Glaube. Manche hatten daran gedacht, etwa der Deutschnationalen Volkspartei diese Vertretung zu überlassen. Ob dieser Auffassung nach der Annahme des Dames-Gutachten am 29. 8. 1924 und nach Verlängerung des Republikstuhlgesezes am 17. 5. 1927 vom völkischen Standpunkt aus Berechtigung noch zuerkannt werden konnte, muß ich bezweifeln. Auf die Deutschnationale Partei als solche komme ich später zurück. In diesem Zusammenhange ist nur als wesentlich vorwegzunehmen, daß die deutschnationale Parteauffassung über das Wesen der Volksgemeinschaft und über den Sozialismus doch eine grundsätzlich andere ist als die Lehre der völkischen Weltanschauung.

Wenn es also aussichtslos und falsch ist, zu meinen, einer neuen Idee könnte durch Entsendung von Vertretern bestehender politischer Parteien in die gesetzgebenden Körperschaften Geltung verschafft werden, bleibt nur die Wahl, entweder auf

diese Vertreter in den Parlamenten grundsätzlich zu verzichten oder die Vertretung selbst in die Hand zu nehmen.

Hier höre ich den landläufigen Einwurf, wer den Parlamentarismus bekämpft, darf doch nicht selbst ins Parlament gehen. Ich kann darauf nur erwidern, daß der Soldat den Gegner dort angreifen muß, wo er ihn findet.

Und ich kann mir hier auch einen Seitenhieb auf die sogenannten „Parteilosen“ nicht verkneifen, die gerade auf diese Eigenschaft meist sehr stolz sind.

Bei genauer Betrachtung ergibt sich fast stets mangelnder Bekennermut und fehlende Angriffslust als der Antrieb dieser „politisch klugen“ Handlungsweise.

In meiner einfachen Denkweise meine ich, daß man sich bei Vorgängen des praktischen Lebens nicht in idealistischen Himmeln verlieren darf, sondern mit gegebenen Tatsachen rechnen muß. Es geht eben nicht immer mit traumverlorenen Blicken in einer lichten völkischen Zukunft zu wandeln und dabei ganz zu vergessen, daß wir uns auf dieser Welt, auf der wir nun einmal leben, mit ganz nüchternen Kampfmitteln die Voraussetzung dafür schaffen müssen, daß wir das, was wir erstreben, im Kampf durchsetzen können.

Der Deutsche jagt stets Wolkengebildern nach.

Und übersieht dabei, daß in dieser Welt nur die Macht entscheidet.

Der Franzose ließ im Felde die Feigen und die Meuterer rücksichtslos erschießen; in Deutschland hat man Erwägungen darüber angestellt, warum diese Lumpen davonlaufen und hat sie dann bedauert und begnadigt.

Der Franzose erklärte im Kriege einfach: Der Kampf wird so lange fortgesetzt, bis Deutschland am Boden liegt.

Derweilen stritt man sich in Deutschland, wer unser eigentlicher Feind sei. Einmal war es der Erbfeind, der Franzose, dann der russische Imperialismus, dann hieß es wieder: Nieder mit England! Manche Leute wissen es heute noch nicht!

Noch jetzt wälzt man Älten und hält tönende Reden, wer an dem Kriege schuld ist. Natürlich nur in Deutschland! Der ganzen übrigen Welt ist das ganz Wurst: Der Sieger ist immer im Recht, der Besiegte hat stets Unrecht.

So war es zu allen Zeiten und so wird es voraussichtlich — trotz Schönheit und Würde — auch bleiben.

Ende 1927 war ich in einer fränkischen Stadt, wo ein nach Amerika ausgewandelter Mann, der im Kriege im amerilani-schen Heere gegen uns gekämpft hat, wieder freundlich aufgenommen worden war. In jedem Negerstamme wäre der Bursche, wenn er sich wieder in die verratene Heimat gewagt hätte, in Stücke zerrissen worden. Von seinen deutschen Lands-leuten wurde er fast bestaunt.

Die würdelose Bewunderung des Auslandes war in der deutschen Geschichte stets das sprechendste Zeugnis fortgeschrit-tener Nationalverderbtheit. Der Fremde wird in Deutschland selbst dann geehrt, wenn er in seiner Heimat nichts gilt.

Solange wir Volksoerräter in unserer Mitte dulden, solange Leute, die kein Vaterland kennen, das Deutschland heißt, zu Vertretern des souveränen Volkes bestellt werden, solange wir den Fremden nachäffen und nachlaufen, gibt es so unendlich viel praktische Arbeit in Deutschland zu leisten, daß man die himmelsstürmenden Ideale ruhig etwas zurückstellen kann.

Ich bin der letzte, der einer ideenlosen Einigkeit das Wort reden will.

Viele Nullen geben immer noch keine Eins, keine Einheit und Einigkeit.

Und auch aus völkischen Etappenbahnhofs-kommandanturen werden keine Sturmbataillone.

Aber die Kämpfer müssen in eine Front.

Die Schwächer haben zu schweigen; die Männer allein zu bestimmen.

Politische Deserteure und hysterische Weiber beiderlei Ge-schlechts müssen ausgeschifft werden; sie hemmen und schaden, wenn es zu kämpfen gilt.

Die N.S.D.A.P. ist nun einmal die zielklarste politische Vertretung der Verneiner dieses Staates von heute, die Sturmtruppe der völkischen Bewegung. Also müssen hier die Kräfte zusammenfließen.

Aber Führereitelkeiten müssen wir hinwegkommen. Persön-licher Ehrgeiz der Führer, noch mehr aber der Frauen, in deren Hörigkeit sie sind, muß zurücktreten.

Im Deutschland von heute gibt es viel zu viel Führer und viel zu viel gescheite Leute. Alle wollen Führer sein, nie-mand sich führen lassen. Auch „Führer“, die restlos versagt und abgewirtschaftet haben, wollen dies nicht begreifen und

spielen immer noch mit. Die Frage, ob der Weg zur deutschen Freiheit nicht über die Köpfe mancher sogenannten Führer gehen muß, drängt sich geradezu auf.

Das alles sind Gedankengänge, die mich bei meiner Aufstellung für den Reichstag bewegten. Die Zeit für ihre Verwirklichung war aber noch nicht reif.

In den wenigen Reden, die ich vor der Wahl hielt, wies ich darauf hin, daß ich als Vertreter der Frontkämpfer in den Reichstag gehen werde.

Im Reichstag selbst ergriff ich nur einmal, unter lieblichem Tumult der Kommunisten, das Wort am 28. 5. 1924, um für meinen Kameraden Oberstleutnant Kriebel die Freilassung aus der Haft in Landsberg zu fordern.

Von den Anträgen, die ich zur Wahrung der Rechte der Frontkämpfer der Fraktion vorlegte, die deren Billigung fanden und dem Reichstag vorgelegt wurden, will ich hier einen wiedergeben:

Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung zu ersuchen, umgehend einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Frontkämpfern die Vorrechte im Staate einräumt, die sie sich mit ihrem Blute vor dem Feind erstritten haben. Diese Vorrechte sollen bestehen:

- a) in bevorzugter Berücksichtigung bei Befetzung von Ämtern usw. im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden. Bei gleicher Würdigkeit und Eignung hat immer der Frontkämpfer gegenüber anderen Bewerbern das Vorrecht. Sinngemäß ist bei Entlassung von Beamten, Angestellten und Arbeitern zu verfahren.
- b) In grundsätzlicher Gewährung des doppelten Stimmrechtes bei den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften im Reiche und in den Ländern sowie zu den öffentlichen Selbstverwaltungskörpern.
- c) In staatlichem Schutz und staatlicher Förderung der Organisationen der Frontkämpfer.
- d) In einem Gesetz, das die vor dem Feinde erworbenen Auszeichnungen unter besonderen Schutz stellt und ihre Verächtlichmachung oder Herabwürdigung mit schweren Strafen ahndet.
- e) In einer Verordnung, die ermöglicht, nachweisbare Härten und Ungerechtigkeiten, die sich bei Beförderung oder Auszeichnung im Felde ergeben haben, nachträglich auszugleichen.

f) In einer umfassenden Neugestaltung und Verbesserung der Fürsorge für die Opfer des Krieges. Hierher gehört die Sorge:

1. für die durch die Folgen von Verletzung oder Erkrankung im Felde in ihrem Erwerb beschränkten Kriegsteilnehmer (sogenannte Kriegsbeschädigte),
2. für die durch ihre Frontdienstzeit materiell geschädigten Kriegsteilnehmer,
3. für die Hinterbliebenen der auf dem Felde der Ehre gefallenen oder gestorbenen Frontkämpfer (Kriegshinterbliebene, Kriegswitwen, Kriegswaisen).

Andere Anträge forderten die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für die Kriegsgefangenen, das Eintreten für die in französische Strafanstalten verschleppten Ruhrkämpfer usw.

Niemand wird überrascht sein, wenn ich bemerke, daß nicht einer der Anträge im Voll des Reichstages zur Sprache kam. Man hörte in den Kreisen deutscher Volksvertreter damals nicht gern von den Frontkämpfern. Und nun gar Vorrechte für diese Leute, das fehlte gerade noch!

In Deutschland war das Schicksal während und nach dem Kriege doch immer nur von Heimkämpfern bestimmt worden und dabei hatte es zu bleiben!

Die Frontkämpfer, die Dummen, dürfen draußen für den Gewinn des Schiebers und Börsenjuden bluten und sterben, in der Politik haben sie nichts zu sagen; denn davon verstehen sie nichts.

Es gibt ja allerdings noch Staaten, wie z. B. die Türkei, die freilich nicht im Genuße der wahren und vollendeten Demokratie stehen, die verbiente Frontoffiziere an hervorragende Posten als Botschafter u. dgl. setzen.

Aber diese rückwärtlichen Zustände weist eine Volksvertretung, die das hehre Erbe einer Etappen- und Heimkriegsrevolte zu wahren hat, entrüstet von sich.

Über den damaligen Reichstag legte ich seinerzeit folgende Betrachtungen nieder:

„Im Volke, insbesondere in den angeblich führenden Schichten, hört man vielfach die Ansicht verbreitet, die Parlamentarier seien alle bloß Schwächer. Diese Ansicht ist grundfalsch und gefährlich.“

Auch die Auffassung, daß die Voraussetzung zur Eignung als Abgeordneter etwa die gleiche ist, wie früher die zum Bestehen der Hartschierprüfung in Bayern, nämlich 24 Stunden auf einer Seite schlafen zu können, ohne sich umzudrehen, ist nicht richtig.

Die Parlamentarier haben heute die Macht; sie sind sich dieser Macht bewußt und nützen sie restlos aus.

In dem Bestreben nach Befestigung ihrer Macht sind sich alle Volksboten über alle Parteien hinweg einig. Ihr Machtstreben findet allein in der Richtung eine Grenze, die ihnen Bindungen wirtschaftlicher und finanzieller Art auferlegen. Brauche ich in diesem Zusammenhange an Bauer, Höfle e tutti quanti erinnern? Oder den Namen des Mäzens Barmat ins Gedächtnis rufen?

Ich sage: Die Parlamentarier sind nicht nur einfach Schwächer; sie wissen nur zu genau, was sie wollen.

Das aber sehen sie nicht im Plenum des Reichstages durch.

Die Reden, die dort vor meist leerem Hause gehalten werden, gehören für das dumme Volk. Das kann es dann in der Zeitung lesen; den Volksboten interessieren diese Dinge nicht. Wenn ein Vertreter ihrer Partei das Wort ergreifen muß, halten sie sich kurz im Sitzungsraum auf und erledigen dort ihre Schreibarbeiten, würzen die Ausführungen von Zeit zu Zeit mit dem vorgeschriebenen „sehr richtig“, ohne sich dabei in ihrer eigenen Privat-tätigkeit stören zu lassen. Vorher ist ja in den Ausschüssen alles verhandelt und festgelegt worden, so daß keine Überraschungen eintreten können.

Etwas Abwechslung bringen dann die notwendigen Abstimmungen, doch auch die sind vorher schon vorgeschrieben.

Der richtige Parlamentarier ist von sich überzeugt, daß er ein höheres Wesen ist und daß er weit über die Masse des Volkes hinausragt. Dieser Masse des souveränen Volkes gesteht er, insofern seine Wahl dadurch nicht gefährdet wird, nur ein Grundrecht zu: die Dummheit.

Dieses Grundrecht ist das einzige Recht in Deutschland, das durch den Artikel 48 der Reichsverfassung auch vorübergehend nicht außer Kraft gesetzt werden kann.

Im übrigen steht der neuzeitliche Volksvertreter auf dem Standpunkt: Grundsätze hat nur der dumme Mensch; ich bin ein moderner Mensch und wandle mich.

Wer das „hohe Haus“ zum ersten Male betritt, wird staunen über die Köpfe und Gestalten, die hier Deutschlands Gesetze machen, und kann sich dann über diese auch nicht mehr wundern.

Abwofatennisse und Spitzindigkeiten, politische Wechselgeschäfte, Augenblidseffekte und Worte, nichts als Worte, beherrschen den Raum.

Die besten Redner bestellen die Parteien zu ihren und des Volkes Führern.

Tatmenschen und Persönlichkeiten sind hier nicht am Platze.

Über die Parteien viel Worte zu verlieren, lohnt sich nicht.

Das, was in den Wahlausrufen und Parteiprogrammen drinnen steht, streben sie sicher wohl nicht an.

Das elende Volk, das zu zahlen hat, die misera contribuens plebs, hat dagegen gläubig diese Weisheiten hinzunehmen.

Wie vor 2000 Jahren billigen ihm die auserwählten Vertreter des Volkes nur das panem et circenses, Brot und Spiele, zu. Die Beschäftigung mit Dingen, die über den Horizont eines Fußballklubs hinausgehen, wollen sie nicht dulden.

Ein eingehendes Werturteil über die Parteien im einzelnen abzugeben, mache ich mir bei der Kürze der Frist, die ich dem Reichstag angehört habe, nicht an. Ich kann nur die Eindrücke wiedergeben, die ich in dieser Zeit gewonnen habe.

Zunächst ist es eine der Besonderheiten der deutschen Republik, daß die Vaterlandsliebe in den Bereich der parteipolitischen Programme einbezogen wird und wohl auch werden muß. In anderen Ländern ist sie als Gemeingut aller Parteien eine Selbstverständlichkeit, ein Boden, der allen politischen Richtungen gemeinsam ist. Im einzelnen ist zu sagen:

Die Deutschnationale Volkspartei ist trotz der schweren Enttäuschungen, die sie wiederholt den Nationalgegnern bereitet hat, eine Partei, die vom nationalen Standpunkt aus die aufmerksamste Beachtung verdient.

Daß sie in entscheidenden Fragen, z. B. bei Annahme des Dawesplanes, immer wieder versagt hat, habe ich mir daraus zu erklären versucht, daß die Partei, kurz gesagt, mit einem Januskopf zu vergleichen ist.

Ein großer und zwar der ausschlaggebende Teil ihrer Vertreter richtet den Blick vornehmlich nach rückwärts und wünscht die Herbeiführung von Einrichtungen und Zuständen, die gewesen sind. Dieser älteren Generation steht eine junge, nach vorwärts blickende, gegenüber, die sich nicht entscheidend durchzusehen vermag.

Der Ausgleich dieser beiden Richtungen muß, wie es das parlamentarische Getriebe mit sich bringt, meist auf einer Plattform gesucht werden, die wohl beiden nicht entspricht.

Diese „breite nationale Basis“, das Lasten nach dem „kleineren Übel“ und der „mittleren Linie“ steht natürlich einer wirklich fruchtbringenden Arbeit entgegen.

Noch ein Wort zu der monarchischen Einstellung dieser Partei, die die Verlängerung des Gesetzes zum Schutze der Republik gesetzlich festgelegt hat.

Der Zwiespalt tritt hier offensichtlich zutage.

Man kann nicht „im Herzen“ Monarchist sein und mit der Faust die Fahne der Republik einrammen.

Die Frage der Staatsform ist eine Frage des Grundgesetzes und nicht der Taktik.

Diesentgen, die auf Grund geschichtlicher Erkenntnisse zu der Auffassung sich bekennen, daß die republikanische Staatsform für das deutsche Volk nicht taugt, müssen eine Festigung dieses Systems grundsätzlich ablehnen.

Daß man über die künftige Form und den Zeitpunkt, zu dem die Monarchie wiedererstehen soll, verschiedener Auffassung sein kann, hat damit gar nichts zu tun.

Die kampflos verlassenen Throne können nur durch Kampf, nicht durch Parlamentsbeschluß oder Volksscheid wieder erstritten werden.

Der Fürst, der an der Seite seiner Volksgenossen in den Kampf zieht und als Befreier die Krone seiner Väter in einem freien Vaterland sich wieder erkämpft, wird deutscher Herzog und König sein.

Nicht die schmeichelnden Hofschrangen, die ihre Herren im November 1918 im Stich gelassen haben, sondern nur die rauen Kämpfer können die Weggenossen sein, die den Fürsten den steilen Pfad zum Herzen des Volkes und zu den Stufen des Thrones hinaufgeleiten.

Die stärkste republikanische, die sozialdemokratische Partei, interessiert mich besonders deshalb, weil in ihr — heute noch — wertvollste Kräfte des Volkes, vor allem der Arbeiterschaft, zusammengefaßt sind.

Dies zu leugnen, wäre töricht; das hindert mich aber nicht, den Lehren des Marxismus und ihren Rändern als erbitterter Feind gegenüberzustehen.

Die Masse des arbeitenden Volkes, die heute noch der Sozialdemokratie Gefolgschaft leistet, der undeutschen Führung des Marxismus zu entreißen, ist überhaupt die Lebensfrage des deutschen Volkes.

Ein Franzose hat einmal gesagt: „Ich liebe Deutschlands Sozialdemokratie, weil ich Deutschland die Pest wünsche.“

Der Arbeiter lebt heute noch zum Teil in dem Wahne, daß seine wirtschaftlichen Interessen in dieser Organisation die wirksamste Vertretung finden.

Natürlich kann es gar nicht Ziel der Sozialdemokratie sein, das Los des Arbeiters grundlegend zu bessern; denn die Unzufriedenheit der Masse ist ja die Voraussetzung ihres Bestandes. Damit der Arbeiter seine wirtschaftlichen Sorgen vergißt, versteht es die Sozialdemokratie meisterhaft, die Blickrichtung der Massen von Zeit zu Zeit in eine Richtung zu lenken, die dem Volk, das Brot will, eigentlich gleichgültig sein könnte.

Die Begriffe Republik, Reichsfarben usw. werden immer dann einer leidenschaftlichen Erörterung unterstellt, immer dann wird ein wilder Kampf um diese „Lebensrechte“ des Volkes geführt, wenn es den Arbeitern und kleinen Leuten schlecht geht und sich ihnen die Erkenntnis aufdrängt, daß sie trotz ihres sozialdemokratischen Parteibuches nicht satt werden. Die marxistischen Führer wissen dabei genau so gut, wie die „bürgerlichen“ Parteien, die diesen Ball gerne aufnehmen, daß diese Fragen heute nicht gelöst werden können.

Zentrum und Bayerische Volkspartei leben, wie die Sozialdemokratie, ausschließlich von der Urteilslosigkeit der Masse. Glaubt der Arbeiter in der „Arbeiterpartei des werktätigen Volkes“ seine wirtschaftlichen Interessen wohl behütet, so ist der Katholik der Überzeugung, daß sein Glauben und seine Weltanschauung nur in der katholischen Volkspartei verteidigt wird. Daß er mit seinem religiösen Bekenntnis die politischen Geschäfte einer Partei befriedigt, darüber denkt er nicht nach und erfährt es auch nicht, da davon in der Presse, die er als guter Katholik zu lesen hat, nichts drin steht.

Die kommunistische Partei wendet sich vor allem an das junge, revolutionäre Proletariat.

In der Verneinung des gegenwärtigen Staates fanden wir uns meist mit den Kommunisten.

Daß in der Partei die Juden eine ausschlaggebende Rolle spielen, habe ich für den deutschen Arbeiter, der dem Wahn sich hingab, an der Seite dieser Kampfgenossen sich ein besseres Los zu erstreiten, stets bedauert. Immerhin bin ich der legerischen Auffassung, daß die revolutionäre Schule des Kommunismus der Gewinnung des deutschen Arbeiters für den völkischen Freiheitskampf besser vorarbeitet, als die aller Ideale bare Zerfetzungsarbeit der sozialdemokratischen Bourgeoisie.

Der Deutschen Volkspartei stehe ich vollkommen wesenfremd gegenüber.

Für diese Art „nationaler Realpolitik“, die in dem Namen Stresemann ihren sichtbaren Ausdruck findet, kann ich kein Verständnis aufbringen. Meine Einstellung geht vielleicht am besten aus einer Bemerkung hervor, die ich nach Zusammentritt des Reichstags einem Freunde gegenüber machte: „Daß im Deutschen Reichstag 62 Kommunisten sitzen, ist begreiflich und läßt sich ertragen; hoffnungslos aber ist, daß das deutsche Volk 44 Mitglieder der Deutschen Volkspartei als seine Vertreter gewählt hat.“

Über die Demokraten mich zu äußern, will ich mir versagen. Die Partei stellte trotz ihrer Minderzahl im Verhältnis die meisten Minister, ein Beweis dafür, daß man heute alles eher vertragen kann als „Tatmenschen“.

Ich weiß nur eines: an dem Tage, an dem einmal ein wirklicher Deutscher Reichstag gewählt wird, in dem aber auch nicht ein einziger Demokrat mehr sitzt, ist Deutschland gerettet. Der unerträgliche Liberalismus hat Deutschland an den Rand des Abgrundes geführt; seine restlose Ausrottung wird seine Wiedergeburt sichern.

Die Wirtschaftspartei führt allein durch ihren Bestand den Beweis von der ewigen Richtigkeit der Goetheschen Sätze im Faust: „Mit Worten läßt sich trefflich streiten, mit Worten ein System bereiten. Drum eben haltet Euch an Worte!“

Sie gibt vor, nur den wirtschaftlichen Interessen zu dienen und diese Fragen zu lösen, eine Aufgabe, die den alten politischen Parteien nicht gelungen ist. Die Übersättigung mit Politik, die Unzufriedenheit mit den politischen Parteien und die Sehnsucht nach Vinderung der wirtschaftlichen Notstände schafft einen günstigen Boden

für die Aufnahme dieser Partei. Die biedereren Bürger fliegen daher wie die Mäden auf die von ihr ausgelegten Leimruten.

Daß die Mehrzahl der Wähler an der Politik dieser Partei, der sie jetzt urteilslos in steigendem Maße blind nachlaufen, ihre Freude erleben werden, bezweifle ich.

Die Wirtschaftspartei kann sich an Ideenlosigkeit und Phrasenschwanz mit der demokratischen Partei ruhig in eine Linie stellen, wie sie überhaupt eine Neuauflage dieser berüchtigten Verfassungspartei in keineswegs verbesserter Form darstellt.

Alles in allem: keine der politischen Parteien kann und will das halten, was sie verspricht.

Das Amt des Volksvertreters ist heute ein Beruf geworden, wie jeder andere.

Um den Pflichten seiner hohen Aufgabe besser gerecht werden zu können, nimmt der deutsche Abgeordnete eine wirtschaftliche Sicherstellung gerne in Kauf.

In den Aufsichtsräten sitzt der Sozialdemokrat friedlich neben dem Deutschnationalen.

Daß diese wirtschaftliche Verbundenheit den Volksvertreter dazu führen wird, sich mit aller Kraft für die Besserstellung der sozialen Lage der Arbeiter und Angestellten einzusetzen, was eine Minderung der Dividenden zur Folge haben würde, ist schwer vorzustellen.

Das Parlament wird Deutschland natürlich niemals retten.

Der Parlamentarismus ist zu jeder großen Tat unfähig. „Das Unzulängliche hier wird's Ereignis!“

Man soll und muß, wenn man Deutschlands Freiheit will, ein erklärter und erbitterter Feind dieser Einrichtung sein und sie bekämpfen.“

Soweit meine damaligen Betrachtungen über den Reichstag 1924, an denen ich im wesentlichen auch heute noch festhalte, wenn sich auch Gewicht und Zusammensetzung dieser Volksvertretung unterdessen erheblich gewandelt hat.

32. Der Frontbann.

Beim Abschied aus der Kriegsschule übergaben mir Hitler und Riebel Schriftstücke, die mir uneingeschränkte Vollmacht zum Neuaufbau der Wehrbewegung gaben.

Die Aufgabe, vor die ich mich nun gestellt sah, war eine große: aus den von Kahr verbotenen und zerشلagenen Verbänden sollte ich wieder ein kampffähiges Instrument der Bewegung machen.

Die völkische Idee war durch Kahr nicht getroffen worden; im ganzen Volke hatte sie mächtig Fuß gefaßt.

Die Zusammenfassung in eine einheitliche politische Bewegung war in die Wege geleitet; mir oblag, dieser zu schaffenden politischen Macht eine starke Wehrebewegung als Rückgrat und Stütze zur Seite zu stellen. Die Entschlußfassung, in welcher Form ich meiner Aufgabe gerecht werden wollte, behielt ich mir vor, bis ich einen persönlichen Eindruck über die Dinge draußen gewonnen hatte. Ich war doch fünf Monate von der Welt abgeschlossen gewesen und konnte mir aus Berichten und Zeitungsnachrichten kein klares Bild machen.

Entscheidungen vom grünen Tisch aus waren mir von je verhaßt.

So waren die ersten Wochen meiner Freiheit mit Besprechungen und Besuchen ausgefüllt; es war die Zeit der Aufklärung und Erkundung.

Meine Fühlungenahmen erstreckten sich nach verschiedenen Richtungen.

Ich ließ zunächst bei der bayerischen Staatsregierung erkunden, ob sie das Verbot der Kampforganisationen aufzuheben bereit sei. War diese Geneigtheit zu erzielen, ohne die Wesensart der Kampfverbände leugnen zu müssen, so wollte ich diese in der alten Form, nur in engerem Zusammenschluß, wieder erstehen lassen. Wenn nicht, dann mußte eben ein ganz neuer Weg beschritten werden. Meine Bestrebungen waren dadurch erschwert, daß Unterverbände des Kampfbundes, darunter besonders Oberlandsführer, mit Regierung und Reichswehr schon in Unterhandlungen getreten waren. Nach dem Grundsatz „Teile und herrsche“ verhandelte die Regierung natürlich lieber mit den einzelnen Verbänden, als mit der Spitzenvertretung. Dazu kam, daß sie sich selbst im „Notbann“ eine Organisation schaffen wollte, in der sie alle Wehrverbände unter ihrer Botmäßigkeit aufzusaugen entschlossen war. Die Leitung des Notbannes übertrug sie vorerst dem General von Epp, in der Annahme, mit der Zugkraft seiner Persönlichkeit und seines Namens alle anderen Verbände mit der Zeit

lahmzulegen. Der General übernahm zunächst dieses Amt, trat aber später, wohl nachdem er tieferen Einblick gewonnen hatte, von der Aufgabe wieder zurück. Der Gedanke der Regierung war absolut folgerichtig. Solange ich im aktiven Heeresdienst stand, war mein Bestreben dasselbe. Im jetzigen Zeitpunkt stand ihm jedoch entgegen, daß die Ziele der bayerischen Staatsregierung mit denen der Freiheitsbewegung nicht in Übereinstimmung gebracht werden konnten. So durfte ich die Hand nicht dazu bieten, unsere besten kampfgewillten Kräfte einem uns wesensfremden Zwecke zur Verfügung zu stellen und verbot daher die Zugehörigkeit zum Notbann. Der Entschluß fiel mir nicht leicht, hatte er doch, wie die Verhältnisse in Bayern lagen, für dieses Gebiet den Verzicht auf Vorteile zur Folge, die nur die Zusammenarbeit mit der Regierung bot. Des Spätes halber sei eingefügt, daß bei den Verhandlungen allen Ernstes der Standpunkt vertreten wurde, „wer nicht im Notbann ist, darf an dem künftigen Befreiungskampf nicht teilnehmen!“ Der Entschluß hatte aber auch weiter nur dann Erfolg, wenn dem Notbann die geschlossenen völkischen Formationen gegenübergestellt werden konnten. Dem stand aber die von Oberland bereits eingeleitete Extratour entgegen. Dr. Weber wollte von seiner Haftzelle in Landsberg aus keine Entscheidungen treffen; seine Stellvertreter Meyding und Alzheimer versprachen sich von einem selbstständigen Vorgehen Oberlands für ihren Verband mehr Erfolg, als von einer geschlossenen Front, der vormalig im Kampfbund vereinten Kräfte. Ein Bruch ließ sich vorerst noch vermeiden.

Die Altreichsflagge, die der rührige Leutnant Liebel nach den Novembertagen in Nürnberg ins Leben gerufen hatte (darunter auch in München eine Ortsgruppe, die die Tradition der Reichskriegsflagge übernehmen sollte), trat vorbehaltlos sofort unter meine Führung. In München, Augsburg, Nürnberg und später auch in Memmingen, konnte ich viele treue Kameraden begrüßen.

Bevor ich einem allenfallsigen Neuaufbau der S.A., deren Organisation mir Hitler gleichfalls anvertraut hatte, nähertrat, hatte ich eingehende Aussprachen mit Hauptmann Göring, den ich in seiner Verbannung in Innsbruck aufsuchte, und mit Oberleutnant Rohbach, der in Salzburg wirkte. Das Ergebnis der Besprechungen war, daß mich Göring noch

persönlich zu seinem Stellvertreter in der Führung bestimmte und mir unbeschränkte Vollmacht gab. Roßbach trat mir als Stabschef für die zu schaffende S.A. zur Seite.

Am 17. und 18. Mai fand in Salzburg eine große Führerbesprechung der S.A. statt, die ich leitete. Die Teilnehmer zu der Besprechung waren aus allen Gauen Deutschlands und Österreichs gekommen; viele Mißhelligkeiten, Unstimmigkeiten und Unklarheiten waren zu beheben. Ich erließ dort vorläufige Richtlinien für den Neuaufbau der S.A., deren Gliederung der später für den Frontbann getroffenen entsprach. Die Einsetzung der Führer in Deutschland und Österreich behielt ich mir vor. Die erfolgreich verlaufene Tagung wurde auf der Feste Hohen-Salzburg eindrucksvoll beendet.

Am 10. und 11. 5. war eine große erhebende Kundgebung, der Deutsche Tag in Halle.

An 200 000 Teilnehmer hatten sich dort versammelt. 3900 Fahnen flatterten auf dem Paradesfeld, das Exzellenz Ludendorff abschritt. Die völkischen Verbände hatten in Merseburg Quartier genommen, wo ich in vier Sälen am Abend des 10. sprach. Graf von Helldorff trat damals das erste mal als völkischer Führer hervor.

Sofort nach meinem Eintreffen im Reichstag in Berlin hatte ich Gelegenheit, mich durch Aussprachen mit Hauptmann von Seydewitz, dem erfolgreichen Freikorpsführer und Führer der nationalsozialistischen Kampfsverbände von Berlin und mit Vertretern von Ostpreußen, Bremen usw. über die Verhältnisse in Norddeutschland zu unterrichten. Durch die nahe Berührung mit Exzellenz Ludendorff vermochte ich auch seine Auffassung kennen zu lernen.

Am Ende all dieser Besprechungen und Erkundungen stand mein Entschluß, den Frontbann zu gründen.

Er sollte herauswachsen aus dem straffen Zusammenfassen solcher Einheiten, die noch im Reiche bestanden, und neuer Verbände an den Orten, wo die Kampfsverbände der Auflösung verfallen waren.

Die Versuche, einen Widerruf der aufgelösten Verbände zu erwirken, gab ich auf. Am liebsten wäre mir überhaupt die restlose Auflösung der ganzen Unterverbände gewesen.

Mit Rücksicht auf Tradition und Gewohnheit verzichtete ich auf die Maßnahme.

Verantwortlicher Führer wollte ich allein sein; weder General Ludendorff, noch Adolf Hitler, noch Oberstleutnant Kriebel sollten durch den Frontbann belastet werden. Der Name Frontbann fiel mir auf einer Fahrt nach Landsberg am 31. 5. ein. Dort unterrichtete ich Hitler, Kriebel und Weber von meinem Vorhaben, ohne auf Widerspruch zu stoßen. In Besprechungen in Augsburg und Nürnberg am 31. 5. und 1. 6. setzte ich meinen Plan sofort in die Tat um und bestimmte die vorläufigen Führer für die örtlichen Einheiten.

Auch mit dem politischen Führer in Nürnberg, Julius Streicher, dem rücksichtslosen und unermüdlichen nationalsozialistischen Vorkämpfer, fand ich volles Einvernehmen.

Mitte Juni war ich noch zweimal in Landsberg. Hitler hatte manche Einwände; ich fühlte, daß es ihm in seiner Abgeschlossenheit schwer würde, einen Entschluß zu fassen. Schließlich wies Kriebel darauf hin, daß ich als bevollmächtigter Führer die Sache eben nach eigenem Gutdünken ordnen müßte und auch Hitler überließ mir freie Hand in der Durchführung.

Jetzt galt es, ungefäunt zu handeln: sowohl die politische wie die militärische Organisation mußte in straffe Formen gebracht werden. Die Mannschaften waren da; konnten sie nicht sofort organisatorisch erfaßt werden, so war der psychologische Moment verpaßt und sie verliefen sich wieder.

Ludendorff übernahm die Gesamtführung. Mir überließ er vorläufig die Freiheit, die militärische Organisation nach meinen Plänen aufzubauen. Bei den politischen Vertretern fand ich wenig Gegenliebe und Interesse. Sowohl die Fraktion des Reichstages, wie die des Bayerischen Landtages sah in dem Wehrverband eine Art lästiger Konkurrenz, auf die sie lieber verzichtet hätten. Nur einige Abgeordnete des Reichstages brachten meinen Bestrebungen Verständnis und auch Unterstützung entgegen. Allen Widerständen und jedem Unwillen zum Trotz war ich aber entschlossen, auf eigene Verantwortung hin die Aufgabe, die mir gestellt, durchzuführen.

Am 10. 7. fand unter dem Vorsitz des Generals Ludendorff eine eingehende Aussprache aller Münchner Führer

statt, bei der ich meine Ziele darlegte und die volle Billigung durch General L u d e n d o r f f fand.

Oberland unter M e y d i n g und M i z h e i m e r trennten sich an diesem Tage endgültig von uns und erklärten, ihre eigenen Wege gehen zu wollen.

Für Österreich erreichte ich eine Einigung durch die Parteileitung in Wien. Ich ernannte den Hauptmann B r o s c h e zum Reichsführer Ost. Brosche war österreichischer Offizier und ein altes Mitglied der N.S.F. München. Am Parteitag der österreichischen Nationalsozialisten in Salzburg am 2./3. 8. 1924 führte er mir die strammen Sturmabteilungen des „Vaterländischen Schutzbundes“ vor. Anlässlich dieser Tagung nahm ich Gelegenheit, an dem Heldengrabe des Erzherzog-Rainer-Regiments in Anwesenheit der völkischen Sturmkolonnen einen Kranz niederzulegen. Ich gab dabei der hohen Verehrung des deutschen Offiziers für die Heldentaten der Verbündeten Ausdruck.

In den kommenden Wochen erstattete ich dem bayerischen Innenminister S t ü c k e l eingehend über das, was ich wollte, Vortrag. Daß ein Staatsminister der Bayerischen Volkspartei unsere Bestrebungen nicht unterstütze, war mir natürlich klar; immerhin hoffte ich wenigstens eine wohlwollende Neutralität der bayerischen Staatsregierung zu erreichen.

Mittlerweile schritt die Organisation im Lande und im ganzen Reiche vorwärts. In Augsburg, Hof, Amberg und Nürnberg konnte ich persönlich die organisatorischen Grundlagen schaffen.

In München fand in jener Zeit, von Dr. P i t t i n g e r veranstaltet, die sogenannte Mahnmalsfeier statt.

Zum Gedenken an das durch den Feind uns entrissene Land wurde ein „Mahnmal“ errichtet; dabei wurde von dem Herrn der Heerscharen erfleht, daß er vermöge seiner Allmacht uns die geraubten Gebiete wieder zurückstellen möge. Nach dem Festakt fand ein Vorbeimarsch statt. Die „Wallfahrer“, die hier an der Residenz vorüberpilgerten, boten kein überwältigendes Bild. Die Kämpfer fehlten fast vollständig. Dagegen sah man recht vielen Uniformträgern von weitem an, daß sie den Weltkrieg in irgendeiner Etappenschreibstube erlebt hätten. Trotzdem erregte diese Siegesfeier über die Toten an der Feldherrnhalle, zu der die Feier durch die Anwesenheit

R a h r s gestempelt wurde, entrüstete Verstimmung in allen völkischen Kreisen.

Der Deutsche Tag in Weimar am 16./17. 8. 1924 war ein Markstein in der Entwicklung des Frontbanns.

Während im historischen Theatersaale unter Vorsitz L u d e n d o r f f s die Einigung der völkischen Bewegung verkündet wurde, konnte ich mit den mitteldeutschen Führern die Gruppe „Mitte“ des Frontbannes gründen. Das Hauptverdienst gebührt hier dem jungen Grafen H e l l d o r f f und seinem Stabschef Leutnant Freiherrn von E b e r s t e i n. Sie schufen mit dem ganzen Einsatz ihrer Person und ihres Könnens Vorbildliches und waren mir in meiner Arbeit bis zum Schluß treueste Helfer und Freunde.

Ausgezeichnete Führer stellten sich in die Reihen des Frontbannes.

Der 17. 8. nahm einen erhebenden Verlauf.

Am Vormittag hatten sich die Verbände am Flugplatz aufgestellt, wo General L u d e n d o r f f eine Ansprache hielt und die Fahnen weihte. Am Nachmittag rückten die Kolonnen vor das Theater zu einer großen Kundgebung, in der Dr. D i n t e r, der Führer der thüringischen N.S.D.A.P., die Menge auf General Ludendorff verpflichtete. Mit einem strammen Vorbeimarsch vor dem Heerführer endete die prachtvoll verlaufene Feier.

Kurz darauf begleitete ich den General auf einer Ostpreußenfahrt.

Am Tage der Schlacht von Tannenberg erließ ich folgenden öffentlichen Aufruf:

„Die auf dem Boden der nationalsozialistischen Weltanschauung stehenden Verbände und Kameraden, die sich bedingungslos zu Hitler, Ludendorff und Graefe bekennen, haben sich im Frontbann zusammengeschlossen.

Mit dem Frontbann und der ihm angegliederten Frontjugend bildet der Frontkriegerbund, der die deutschen Frontkämpfer in seinen Reihen vereint, den Frontring.

Deutsche aller Stände, deutsche Soldaten, deutsche Jugend tretet ein in die Reihen des Frontrings!

Anmeldungen pp.

Ostpreußen, am Tage der Schlacht von Tannenberg.

Auf Befehl: Röhm, Sptm. a. D.“

Frontbann und Frontring waren damit aus der Taufe gehoben; ich war der Zuversicht, daß nunmehr im Rahmen der völkischen Bewegung eine neue Front im Kampf für Deutschlands Erneuerung und Erstarkung entstehen werde.

Derweilen unterwarf sich in Berlin am 29. 8. ein geblendeter und getäuschter Reichstag dem Plan des „Generals“ Dawes.

In gerechtem Zorn und voll Ekel und Scham verließ General Ludendorff, gefolgt von seinen völkischen Freunden, das hohe Haus am Königsplatz, das sich am gleichen Tage nach seiner Unterwerfung vertagte.

Ein schwarzer Tag war wieder über Deutschland gekommen. Ein schwarzer Tag insbesondere auch für die große nationale Partei, deren eine Hälfte die Hand zur Verflachung des Vaterlandes bot.

In der politischen nationalsozialistischen und völkischen Bewegung machte sich trotz mancher innerer Schwierigkeiten und Widerstände ein langsames Erstarken geltend.

Die Reichsführerschaft Ludendorff-Graefe-Straßer vermochte sich aber in großen Reichsteilen nicht durchzusetzen.

Besonders in Bayern hörten die Widerstände nicht auf. Hier waren als gewählte Abgeordnete im Völkischen Block zu ungleiche Elemente in einer Fraktion zusammengeschlossen. Pöchner ging seine eigenen Wege; er war wohl der überragende Kopf in der Brannerstraße; die Gabe, die auseinanderstrebenden Elemente zusammenzufassen, war ihm jedoch nicht zu eigen.

So konnte es nicht ausbleiben, daß eine Opposition gegen den Völkischen Block immer stärker wurde und schließlich in der „Großdeutschen Volksgemeinschaft“ unter Hermann Esser und Julius Streicher ihre sichtbare Vertretung fand. Sie erklärte sich offen gegen den Völkischen Block.

In Weimar hatte die bisherige N.S.D.A.P. am 20. 8. eine gesonderte Tagung veranstaltet. Ihr Verlauf war nicht schön. General Ludendorff verließ sie mit Recht unter Zeichen des Mißfallens. Die Strömungen prallten oft hart aneinander, insbesondere als gerade ich die Sitzung leitete. Während Rosenberg, der Hauptschriftleiter des „Völkischen

Beobachters“, und seine nächsten Freunde einem Zusammenschluß mit der Völkischen Freiheitspartei zur geeinten Nationalsozialistischen Bewegung widersprachen, redeten ihm Straßer, Streicher und Esser das Wort unter der Voraussetzung einer absoluten Führerhegemonie Hitlers.

Wenige Monate später erklärte sich die Großdeutsche Volksgemeinschaft, deren Führung Dinter mit inne hatte, auch gegen die Reichsführerschaft.

Viele wackere und aufrechte völkische Kämpfer traten nun der G.D.G. bei, darunter der bewährte Regimentskamerad Hitlers im Felde und unentwegte Kampfgenossen und damalige Geschäftsführer der Partei Max Mann.

Mit der Haltung der Großdeutschen Volksgemeinschaft konnte ich mich trotzdem nicht befreunden.

Mich bestärkten all diese Erscheinungen des politischen Bruderkampfes in meinem Vorhaben, den Frontbann ganz außerhalb des Richtungsstreites zu halten. Der Frontbann sollte über den damaligen völkischen Parteigliederungen stehen und damit ein Element der Gemeinschaft in der gesamtvölkischen Bewegung werden. Das war natürlich den Patentpolitikern erst recht ein Dorn im Auge! Die Versuche der Parteistrategen, auf den Frontbann Einfluß zu erhalten, blieben nicht aus und zeitigten auch mancherorts Erfolge.

In jener Zeit kam ich Leutnant Edmund Heines erstmals näher. Er war damals schon einer der markantesten Feuergeister in der jungen völkischen Bewegung. Dem Führer blind ergeben, seinen Leuten ein leuchtendes Vorbild, stellt er sich geradezu als der Typ jener Freikorpsoffiziere dar, die Deutschland so oft gerettet haben und allein einmal wieder hochreißen können.

Gefahren, Rücksichten kannte der ewig junge Offizier nicht; immer und immer wieder stand er, wenn es zu kämpfen galt, in der vordersten Linie.

Seine Treue werde ich ihm stets mit Treue entgelten.

Der Frontbann war in kurzer Zeit zu einer beachtlichen Organisation herangewachsen, die an innerer Stärke und äußerer Kraft ständig zunahm. Mit der Mehrung seiner Geltung und Kraft wuchs auch die Zahl seiner Widersacher.

Mitte September 1924 war ich mir im klaren, daß der Generalangriff gegen den Frontbann unmittelbar bevorstand.

Am 16. 9. 1924 gab ich von Berlin noch eine Weisung aus, die u. a. besagte:

1. Die nationalsozialistische Wehrbewegung wird bei der augenblicklichen Zusammensetzung der Regierungen stets mit dem Widerstand und der Verfolgung der Behörden rechnen müssen. Es ist daher notwendig, unsere Arbeit so zu gestalten, daß sie den Behörden keine Angriffsflächen zum Eingreifen und zum Verbot bietet.
2. Die behördlich, insbesondere polizeilich zu beanstandenden Verfügungen werden daher in einer besonderen Anordnung außer Kraft gesetzt werden usw.

In der besonderen Verfügung, die am 15. 9. bereits hinausgegangen war, hatte ich die Verpflichtungsformel auf General Ludendorff und die Vereidigung auf die Fahne aufgehoben.

Schon am 17. 9. begann der vorausgesehene Großangriff gegen den Frontbann.

Den Reigen der Feindseligkeiten eröffnete die bayerische Staatsregierung, indem sie kurzerhand die Führer der Münchener Verbände in Haft setzte. Nahezu das gesamte Aktenmaterial wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Durch Veröffentlichung von Auszügen aus den Papieren, insbesondere Privatbriefen, die ihr in die Hand fielen, glaubte die Regierung ihren Schritt rechtfertigen zu können.

Verhaftet wurden: Leutnant Karl D h w a l d, Hauptmann von K r a u s s e r, Oberleutnant von P r o s c h, Oberleutnant B r ü d n e r, Dr. S c h r a m m, Hauptmann W e i ß, wenige Tage später Hauptmann S e n d e l und Major F a b e r.

Ich eilte sofort von Berlin nach München und unternahm alle mir möglichen Schritte zur Freilassung meiner Freunde.

Zusammenfassend gehen sie hervor aus einer Erklärung, die ich am 20. 9. 1924 der Öffentlichkeit übergab.

Sie richtete sich vor allem gegen den bayerischen Staatsminister St ü k e l des Innern und der Bayerischen Volkspartei, der die Zeit für gekommen sah, mit den seiner Partei dienstbaren staatlichen Machtmitteln die erstarkende völkische Wehrbewegung zu unterdrücken.

Die Führung des Frontbannes nahm ich nun allein in die Hand, um ihn über die Stürme der Verfolgung hinwegzuführen. In einer Reihe von Verfügungen wurden die nötigen Anordnungen getroffen.

„Die augenblickliche Lage wird erweisen, welche Männer auch in einer schweren Zeit der Verfolgung unserer Sache die Treue halten. Ich ersuche alle Bedenklichen, Launen und Angstmeier, die jetzt schlapp machen, rücksichtslos aus unserer Bewegung zu entfernen“, ordnete ich am 23. 9. 1924 an.

Bundesgenossen hatte ich in meinem Kampf, auch bei den völkischen Parteien, fast keine.

Ein Vortrag, den ich im Beisein von Erzelenz Ludendorff am 1. 10. vor der Landtagsfraktion des Völkischen Blodes in München hielt, fand dort weder Zustimmung noch Unterstützung.

Die Parlamentarier überhaupt sahen in der Wehrbewegung lästige Wettbewerber, die ihnen nur unnütze Scherereien machten.

Die alte Erfahrung feierte wieder einmal volle Auferstehung: Jedesmal, wenn sich ein Machtfaktor außerhalb des Parlaments gebildet hat und Bedeutung gewinnt, wird er von den Bonzen der eigenen Partei befehdet und zerstört. Parlamentarier dulden keine anderen Götter neben sich.

So wurde die Einwohnerwehr mit Hilfe der Bayerischen Volkspartei, die Orgeß mit Hilfe der Deutschnationalen zerstört.

Ob das Reichsbanner andere Erfahrungen machen wird, muß sich erst zeigen.

Alles, was unter parlamentarischer Führung oder Einflußnahme steht, trägt den Zersetzungskeim in sich und wird von den Parlamentariern selbst unterwühlt.

Die völkischen Vertreter des souveränen bayerischen Volkes haben jedenfalls in der Frontbannsache damals gezeigt, daß sie sich in diesem Punkte getrost ihren Kollegen der anderen Parteien zugesellen konnten.

Was sie freilich nicht hinderte, bei dem Liede „Hakenkreuz am Stahlhelm“ mit dröhnender Stimme mitzusingen.

Es wäre recht nötig gewesen, wenn die völkischen Parlamentarier sich ins Gedächtnis zurückgerufen hätten, daß die

Bewegung nicht in dem Zeichen des Zylinders, sondern in dem des Stahlhelms ihr Symbol gewählt hat.

Daß das Vorgehen der bayerischen Behörden gegen den Frontbann nur ein Teilangriff gegen die ganze völkische Bewegung war, wurde nicht erkannt; ebensowenig, daß es nur ein Vorwand war, um die Freilassung der Gefangenen in Landsberg zu verzögern.

Die Haftentlassung Hitlers, Kriebels und Dr. Webers war seinerzeit am 1. 4. von den Volksrichtern für den 1. 10. festgesetzt worden. Die deutsch und rechtlich gesinnten Schöffen des Volksgerichts hatten sich nur unter dieser Zusage nach hartem Widerstand von der Notwendigkeit eines Schuldspruchs überzeugen lassen. Nun sahen sie und die vielen Gutgläubigen, die auf Versprechen gebaut hatten, sich wieder betrogen. Zu diesem Zwecke wurde gerade noch vor dem 1. 10. das, jeder rechtlichen Grundlage entbehrende Vorgehen gegen den Frontbann vom Zaun gebrochen. Dieser Zusammenhang lag so klar zutage, daß es keiner besonderen Einsicht bedurfte, ihn zu erkennen.

Nur die völkischen Volksboten im Landtag wollten ihn nicht sehen, weil er ihnen nicht in den Kram paßte.

Dagegen muß ich als Gegner der regierenden Bayerischen Volkspartei zugeben, daß sie mit Rücksichtslosigkeit und Entschlossenheit, ja unter Beugung des Rechts, ihren Feind, die völkische Bewegung, empfindlich durch ihr Vorgehen getroffen hat.

Diese Maßnahme hat selbst mich erschüttert, nicht deshalb, weil sie erfolgte, sondern weil ich erkennen mußte, daß die damalige völkische Bewegung als ganze diesem Kampf sich nicht gewachsen zeigte.

Die Bewegung hätte sich wie ein Mann vor den bedrängten Frontbann stellen müssen.

Statt dessen griff sie ihn an und bezichtigte ihn, daß er an allem Unglück schuld sei.

Einen besseren Gefallen konnte sie den hohnlachenden Gegnern nicht erweisen; denn das wollten die anderen ja.

Die typische deutsche Eigenschaft der Unparteilichkeit und Objektivität gegenüber dem Feind schien in der völkischen Bewegung im Extrakt ausgeprägt zu sein.

Hitler, Kriebel und Weber konnten in der Haftzelle nicht erkennen, um was es ging. Sie fühlten die nahende Freiheit bedroht und suchten die Schuld nicht bei dem Feind, sondern bei den Freunden, die für sie stritten. Die völkischen Parteien im Reiche verhielten sich nicht anders wie der Völkische Block oder die Großdeutsche Volksgemeinschaft. Letztere nahm sogar in der Öffentlichkeit gegen den Frontbann Stellung.

Nur die aufrechten Männer des Frontbannes, die schuldlos ins Gefängnis geworfen worden waren, standen mir unentwegt zur Seite.

Von ihnen kam kein Wort der Klage oder des Vorwurfs. Sie wußten, weshalb sie verfolgt waren. Und sie allein brachten persönliche Opfer.

So lag die Last des Kampfes lediglich auf meinen Schultern. Der Frontbann stand geschlossen und unerschrocken hinter mir.

Das gab mir die Kraft zu dem Entschluß, den Kampf durchzuführen bis zum Letzten.

Die Erbitterung über das Mißverstehen und das Ubelwollen von seiten der völkischen Parteien ließ in mir aber schon damals den Entschluß reifen, nach beendetem Kampf die Führung niederzulegen und aus dem aktiven politischen Leben mich bis auf weiteres zurückzuziehen.

Ich kann alles ertragen, nur die Dummheit nicht; mit Dummen kämpfe ich nicht gerne.

Die Dummheit aber in der Politik ist keine Krankheit, die heilbar ist; sie ist ein absolutes Verbrechen.

Zur Beruhigung, vor allem auch der Dummen, habe ich am 15. 10. 24 in einer Erklärung u. a. folgendes ausgeführt:

„1. Ich habe Ende Mai oder Anfang Juni 1924 gelegentlich eines Besuches in Landsberg den Herren Hitler, Kriebel und Weber von meiner Absicht gesprochen, eine vollständig neue Organisation zu gründen.

2. Die Herren haben sich dabei im Gespräch dahin ausgesprochen und meiner Erinnerung nach im wesentlichen übereinstimmend etwa geäußert:

Daß die Verbände, die in den einzelnen Ländern überhaupt nicht verboten wurden, in der alten Form bestehen bleiben und so zusammengefaßt werden sollten,

daß versucht werden soll, die Verbände, die in den verschiedenen Ländern verboten waren, wieder freizubekommen.

3. Die Gründung des Frontbanns erfolgte dann erst im August ohne jeden inneren Zusammenhang mit jener Besprechung und ohne Verständigung der drei Herren. Insbesondere ist der Aufruf von mir verfaßt und erlassen, ohne daß ich hierüber mit den Herren Hitler, Kriebel, Weber gesprochen oder ihr Einverständnis erholt habe.

Als meine grundsätzliche Stellungnahme stelle ich fest, daß ich mich im Interesse der Wehrbewegung zu einem selbständigen Handeln, auch ohne Hitler, Kriebel, Weber für verpflichtet hielt, da diese ja in Landsberg nicht in der Lage waren, eine klare Beurteilung über die tatsächlichen Verhältnisse im Reich zu gewinnen.

gez. Röhm."

Eine Denkschrift General Ludendorffs bewegte sich in der gleichen Richtung.

Das Verfahren wegen Geheimbündelei gegen Oßwald und sieben Genossen wurde vom Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik, Ende Oktober auch auf General Ludendorff und mich ausgedehnt, „da ich im Benehmen mit Ludendorff als geistigem Leiter, mich im Auf- und Ausbau des Frontbanns und als dessen Kommandeur betätigt hatte und hinsichtlich des Frontbannes Grund zur Annahme besteht, daß er die Bestrebung verfolgt, die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reiches und der Länder zu untergraben“.

Fast vier Wochen nach der ersten Verhaftung begann erst das eigentliche Untersuchungsverfahren. Vorher konnten die Akten angeblich nie erreicht werden, da sie sich stets auf der Fahrt befanden.

Nur nach immer wiederholten Vorstellungen vermochte ich die Freilassung der Verhafteten zu erwirken.

Es sei hier vorweg genommen, daß der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik am 26. 9. 1925 das Verfahren gegen Oßwald und neun Genossen eingestellt hat.

Die Bayerische Volkspartei hatte aber ihr Ziel, die Haftentlassung Hitlers zu verzögern, erreicht.

Wiederum fällt in jene Zeit des Selbsterhaltungskampfes des Frontbannes gegen staatliche Willkür ein Angriff, der aus den Reihen der Partei geführt wurde.

Der deutschvölkische Abgeordnete Major Henning, zu dessen Wahlkreis Bremen gehörte, stand dort politisch mit den Nationalsozialisten, darunter dem Führer der Reichskriegsflagge Bremen, Lindenberg, in Fehde.

Es gelang ihm, bei General Ludendorff durchzusetzen, daß die R.K.F. an einem Vorbeimarsch vor ihrem obersten Führer sich nicht beteiligen durfte. Die Maßnahme war für die eigens aus Bremen herbeigeeilte Truppe erschütternd; mich traf sie deshalb besonders, weil der Verband durch den Namen, den er mit meiner Zustimmung trug, zu mir im besonderen Verhältnis stand.

Ich konnte die Truppe und ihren bewährten Führer nicht im Stiche lassen und stellte mich vor sie.

Ich kann eine Kränkung, die mir persönlich widerfährt, viel eher verschmerzen als eine solche, die meinen Untergebenen angetan wird. Hier fechte ich bis zur Preisgabe meiner Stellung.

Die Folge war eine ernste Verstimmung General Ludendorffs gegen mich.

In den nächsten Tagen hielt ich General Ludendorff über alles, was mich bewegte, Vortrag.

Neben dem Fall Lindenberg waren besonders die Verhältnisse in Baden, wo die von mir getroffenen Maßnahmen durch parteipolitische Manöver zunichte gemacht wurden, die parteivölkischen Verhältnisse in Bayern, und insbesondere die Einmischung einiger Führer der Freipartei in die Angelegenheiten des Frontbannes Gegenstand meiner Vorstellungen.

Wiederholt bot ich dem General meinen Rücktritt an.

In schöner Kameradschaft suchte der Reichstagsabgeordnete Feder die Gegensätze auszugleichen.

Die gesamtvölkische Bewegung lag in schwerer Krisis, zersplittert, zerspalten, Gruppe gegen Gruppe, Wehrbewegung gegen Partei, Führer gegen Führer, ein Bild der Gärung und Zerrissenheit.

Den vereinten Gegnern war dieser Schwächezustand der Bewegung nicht unbekannt.

In dieser Zeit der heftigsten inneren Kämpfe stand im Reichstag die Annahme des Dawespaktes zur Beratung.

Nur die Völkischen und die Kommunisten waren entschlossene Gegner der Annahme.

Beide Parteigruppen waren augenblicklich durch innere Zwistigkeiten so geschwächt, daß ihre Schlagkraft, im Falle das Volk jetzt zur Wahl aufgerufen wurde, erheblich gelähmt war.

Diese Zeit galt es zu nutzen.

Der Deutsche Reichstag wurde aufgelöst; die Neuwahlen zum 7. 12. ausgeschrieben.

Für die Aufstellung zur neuen Wahl stellte ich damals bei General Ludendorff folgende Forderungen:

„Die politische und die Wehrbewegung sind gänzlich unabhängig voneinander.

In die Fraktionen entsendet sowohl die politische Bewegung wie die Wehrbewegung ihre Vertreter.

Als derzeitiger Führer der Wehrbewegung erhebe ich die Forderung, daß den Wehrverbänden ein entsprechender Anteil an den Fraktionsstimmen eingeräumt wird und daß sie dort in ihrer Sonderarbeit nicht gehemmt werden. Solange ich an dieser Stelle stehe — ich habe mich nicht hingedrängt — muß ich verlangen, daß ich gehört werde und meine Vorschläge Prüfung und Berücksichtigung finden. Ebenso werde ich mich gegen jede Beiseitenschiebung der Wehrbewegung nachdrücklich zur Wehr setzen und für alle meine unterstellten Führer eintreten. Ich stehe, und und damit komme ich zum Schlusse, auf dem Standpunkt:

Die nationalsozialistische Bewegung ist eine Kampfbewegung. Deutschlands Freiheit — nach innen und außen — wird nicht erschwächt und erhandelt, sie muß erkämpft werden.

Für eine Kampfbewegung ist deshalb das Bestehen einer starken Wehrbewegung eine Voraussetzung, ihre Förderung und Stärkung eine der Hauptaufgaben der Bewegung überhaupt. Kämpfer gilt es daher zu gewinnen und zu halten. Die Männer, von denen wir dereinst verlangen, daß sie Gut und Blut einsetzen, müssen schon jetzt die Gewißheit haben, daß ihren berufenen Vertretern ein maßgeblicher Einfluß innerhalb der Gesamtbewegung eingeräumt ist. Die Entrechtung und der Betrug an den Frontkämpfern des Weltkriegs — deren Bewegung wir ja zu unserer eigenen gemacht haben —

stehen zu sichtbar vor Augen, als daß heute nicht jeder einzelne Kämpfer nur dann freudig und gerne in die Front tritt, wenn er überzeugt sein kann, daß den Leistungen, die man von ihm fordert, Sicherungen gegenüberstehen, die die Wahrung und Vertretung seiner Interessen unter allem Umständen gewährleisten.“

Mein Mahnwort fand kein Gehör.

Auch die persönlich unternommenen Schritte, um den Führern der Wehrbewegung Sitz und Stimme in der Volksvertretung zu sichern, blieben erfolglos. „Parlamentarische Selbstherrlichkeit hat auf der ganzen Linie gesiegt, die Interessen der Wehrbewegung sind völlig preisgegeben worden“, schrieb ich an den General.

Die Wahl selbst war, wie ich voraussagte, für die völkische Bewegung ein Mißerfolg.

Inzwischen hatte ich durch Besprechungen mit den Führern der Gruppen in Berlin, Halle, München und Wien eine einheitliche Marschrichtung für den Frontbann festgelegt. Sie lautete im wesentlichen: General Ludendorff der Schirmherr, Adolf Hitler der Führer der politischen Bewegung.

Diese Zielsetzung entsprach der damaligen Einstellung und der Willensrichtung des überwiegenden Teiles der Wehrbewegung.

General Ludendorff billigte sie nicht.

Adolf Hitler, dem ich bald nach seiner Entlassung aus Landsberg Bericht erstattete, wollte keinen raschen Entscheid treffen.

Ich bat daher am 14. Januar 1925 Adolf Hitler, mich von der Führung des Frontbanns zu entbinden; wenige Tage später erstattete ich dem General über meine Absicht Vortrag. Eine Entscheidung wurde hinausgeschoben; vorläufig sollte ich die Führung beibehalten.

Die Lage wurde unerträglich für mich.

Auf der einen Seite mußte ich dem Frontbann als der Führer einen klaren unzweideutigen Weg weisen, auf der anderen Seite nahm Hitler keine Fühlung mit General Ludendorff und enthielt sich einer Stellungnahme. General Ludendorff legte am 12. 2. 1925 die Reichsführerschaft

über die völkische Bewegung nieder; mit ihm traten auch Graefe und Straßer von der Reichsführung zurück.

Eine Klärung mußte nunmehr kommen.

Vom 28. 2. bis 2. 3. 1925 fand im Schlosse des Grafen von Hellendorff in Wohlmirstedt die Führerbesprechung des Frontbanns statt.

General Ludendorff hatte für die Einladung gedankt; der Versuch, Adolf Hitler in einem Kraftwagen von Bayreuth heranzuholen, mißglückte, da Hitler nicht aufzufinden war.

Neben 42 Frontbannführern nahm das gastliche Haus in diesen Tagen noch 250 Frontbannsoldaten in Quartier und Verpflegung. Hoch im Winde flatterte am Giebel des Schlosses die Hakenkreuzfahne neben den alten preußischen Farben. Ein Fackelzug der 250 Frontbannmannschaften und ein Zapfenstreich, geführt von Leutnant Freiherrn von Eberstein, leitete die Tagung am Abend des 28. Februar ein.

Am 1. und 2. März hielt ich die Besprechungen ab, an denen aus allen Gauen des Reiches die Führer teilnahmen, die 30 000 Kameraden vertraten.

Das politische Ergebnis war eine Entschliebung, in der Adolf Hitler als dem Führer und Träger der nationalsozialistischen Bewegung und General Ludendorff als dem Schirmherrn Gefolgschaft gelobt wurde.

Diese Zielrichtung entsprach nicht dem Wunsch General Ludendorffs; auch Hitler genügte sie nicht. Dieser war inzwischen zur Neugründung der N.S.D.A.P. geschritten. General Ludendorff entband daraufhin die Angehörigen des Frontbanns von jeder Verpflichtung auf seine Person.

Hitler bat mich, die Führung der nationalsozialistischen S.A. zu übernehmen. Ich konnte diesem Wunsche jedoch nicht folgen.

Freudig stimmte mich ein Ereignis, das die Beziehungen Hitlers zu General Ludendorff, wie ich hoffte, wieder fester gestalten mußte.

Nach dem Ableben Eberts hatte das deutsche Volk sich einen neuen Präsidenten des Reiches zu wählen.

Hitler eilte nach Berlin, wo ich mich damals gerade aufhielt, setzte sich an die Spitze der deutschen Opposition

und schlug den General Ludendorff dem Volke als Reichspräsidenten vor.

Dieser stellte sich auf die Bitte Hitlers zur Wahl zur Verfügung. Er war sich von vornherein darüber klar, daß seine Aufstellung nicht den Erfolg bringen würde; um so mehr bewunderte ich die Selbstlosigkeit und Größe seines Entschlusses.

An meinem hohen Werturteil über den General Ludendorff ändert die Tatsache gar nichts, daß dieser heute einen völlig einseitigen, unschönen Kampf gegen die Bewegung im allgemeinen und mich im besonderen führt.

Der General hat sich nach seiner Scheidung und Wiedervermählung von nahezu allen seiner treuesten Anhänger losgesagt und sie daraufhin auf's schwerste beschadet. Das „Haus Ludendorff“ — wie Ludendorffs Zeitung das nennt — geht heute einen Weg, auf dem ihm gerade der Soldat nicht mehr folgen kann.

Wenn der General heute seine alten Kampfgefährten beschimpft, können wir es nicht hindern; wir beschimpfen ihn nicht.

Wir scheitern an dem General eines jener tragischen Beispiele, daß selbst ein großer Mann, wenn er in die Hörigkeit einer ehrgeizigen Frau verfällt, seine schöpferische Kraft verliert.

Das heutige Wirken Ludendorffs sehe ich mit Schmerz und Grimm; daß die Judenblätter ihn dafür beloben und ihn sogar als Gewährs- und Sachmann für sich in Anspruch nehmen, ist schändlich und unerträglich. Aber ich lasse mir das Bild des Generals, da er das deutsche Heer von Sieg zu Sieg führte, da er ganz uns Soldaten gehörte, nicht rauben. Diesen Ludendorff werde ich, mag kommen, was will, bis an mein Ende lieben und verehren.

Am 11. April fiel der Polizeipräsident Böchner einem Kraftwagenunglück zum Opfer, dessen Hergang heute noch nicht restlos geklärt ist.

Die völkische Bewegung in ihrer Gesamtheit verlor damit einen ihrer fähigsten Vorkämpfer, der nicht zu ersetzen ist.

Ganz besonders traf der Verlust das königliche Haus und die monarchische Bewegung, deren bedeutendster Kopf Böchner war.

Die Geschichte wird dereinst dieser außerordentlichen Persönlichkeit ein besonderes Verdienst an der Erneuerung Deutsch-

lands, wenn diese einmal Wirklichkeit geworden ist, zuerkennen. Die Lücke, die sein Tod in die Reihen der Vaterlandsfreunde gerissen hat, kann nicht geschlossen werden.

Es muß als eine Schmach und Schande bezeichnet werden, die auch der Nachwelt überliefert werden soll, wenn der Stadtrat München sich weigerte, seine Erlaubnis dazu zu geben, daß der Grabstein Böhners im Waldfriedhof die Inschrift trage: „Dem Vorbild treuester Pflichterfüllung das dankbare Vaterland.“ Als Antwort auf diesen Schilbbürgerstreich ließ seine Gattin den Toten im November 1927 nach Schloß Hohenegg in Franken, das Besitztum des deutschen Verlegers Lehmann, überführen.

Am 26. April wählte das deutsche Volk den Generalfeldmarschall von Hindenburg zum Präsidenten des Reiches.

Mancherlei Unstimmigkeiten veranlaßten mich, eine grundsätzliche Klärung meines Verhältnisses zu Hitler herbeizuführen.

Mit Hitler verband mich aufrichtige Freundschaft; gerade deshalb hielt ich mich für verpflichtet, als getreuer Kamerad zum Freunde offen zu reden.

Am 16. 4. 1925 übergab ich ihm in seiner Wohnung in München eine ausführliche Denkschrift, die ich mit ihm besprach. Bezüglich der militärischen Organisation führte ich aus:

„Die Entscheidung über Aufbau der S.M. und Übernahme des Frontbannes muß nun getroffen werden.

Der Frontbann hat sich trotz ungeheurer Schwierigkeiten, trotz der Verhaftung der Münchener Führer, durchgesetzt. In fast allen Gauen Deutschlands und Deutschösterreichs stehen heute Verbände des Frontbannes, zur Zeit im ganzen rund 30 000 Mann.

Während der Krise in der politischen Bewegung waren es in einzelnen Teilen des Reiches ausschließlich und allein die Frontbannverbände, die die Träger der nationalsozialistischen Idee waren und über alle Personenstreitigkeiten hinweg das Rückgrat der Bewegung bildeten.

Soll nicht das Vertrauen der Unterführer zerschlagen werden, muß jetzt eine Entscheidung fallen, muß ich jetzt wieder in die Lage versetzt werden, klare und bestimmte Befehle zu geben. Ein Weiterlavieren mache ich nicht mehr mit. Schließlich

ist die ganze Frage eine reine Vertrauensfrage. Es handelt sich darum, ob Du das Vertrauen hast, daß ich den Verband in Deinem Sinne führe oder nicht. Besteht dieses Vertrauen nicht, dann ist mein sofortiger Rücktritt selbstverständlich.“

Die Aussprache verlief unbefriedigend.

Hitler lehnte meine Vorschläge zur Neugründung des Frontbannes ab. Er forderte die ausschließliche Unterstellung und Eingliederung in den Rahmen der N.S.D.A.P.

Die Folgerung für mich war selbstverständlich.

Ich gab Hitler am folgenden Tag den Auftrag zur Führung der S.M. zurück und bat ihn, meinem Rücktritt als Kommandeur des Frontbannes zuzustimmen. Das war am 17. 4. 1925.

Eine Antwort erhielt ich nicht.

Am 30. 4. schrieb ich an Hitler: „Da ich auf mein Schreiben, in dem ich den Auftrag zur Führung der S.M. in Deine Hand zurücklegte, keinen Bescheid erhielt, glaube ich Deines Einverständnisses sicher zu sein, wenn ich die beiliegende Erklärung der nationalsozialistischen Presse zur Veröffentlichung übergebe.

Eine Begründung meines Schrittes ist in einer zweiten Erklärung beigelegt.

Ich benütze die Gelegenheit, in Erinnerung an schöne und schwere Stunden, die wir mitammen verlebt haben, Dir für Deine Kameradschaft herzlich zu danken und Dich zu bitten, mir Deine persönliche Freundschaft nicht zu entziehen. Usw.“

An General L u d e n d o r f f sandte ich folgendes Schreiben:

„Eurer Exzellenz melde ich gehorsamst, daß ich mich zum Ausscheiden aus allen politischen Verbänden und Vereinen und zum Rücktritt von der Führung des Frontbannes entschlossen habe. Die Gründe habe ich in der beigelegten Erklärung niedergelegt.

Ich bitte, diesen Anlaß benützen zu dürfen, Eurer Exzellenz zu danken für die vielen schönen und erhebenden Stunden, die ich in Begleitung Eurer Exzellenz verleben durfte. Usw.“

An die Gruppenkommandos erließ ich folgenden Befehl:

1. Ich trete mit dem heutigen Tage von der Führung des Frontbanns zurück und lege diese in die Hand des bewährten Kommandeurs der Gruppe Mitte, Graf Helldorff.

2. Die Gründe habe ich in der beigefügten Erklärung niedergelegt. Nachdem meine Auffassung über Arbeit und Ziel des Frontbannes weder die Billigung Seiner Exzellenz des Generals Ludendorff, noch die Adolf Hitlers findet, ist mein Rücktritt eine Selbstverständlichkeit und Gebot der Stunde.
3. Ich hoffe, daß der Frontbann unter der Führung des Grafen Helldorff die Schwierigkeiten, die sich meiner Führung entgegengestellt haben, überwinden wird und bitte alle Führer, dem neuen Kommandeur vollstes Vertrauen entgegenzubringen und restlose Gefolgschaft zu leisten.
4. Ich danke allen Kameraden, Führern, wie Mannschaften, aus vollem Herzen für die treue Gefolgschaft und Kameradschaft und spreche allen für die erreichten Erfolge die vollste Anerkennung aus."

In der nationalsozialistischen Presse („Völkischer Beobachter“, „Völkischer Kurier“, „Deutsche Wochenschau“) veröffentlichte ich am 1. Mai folgende Mitteilung:

„Erklärung: Alle Anfragen bezüglich der S.A. der N.S.D.-A.P. sind künftig, solange von Adolf Hitler keine neue Weisung ergeht, an die Geschäftsstelle der N.S.D.A.P. München, alle Anfragen bezüglich des Frontbannes an Graf Helldorff, Wohlmirstedt, zu richten.

Mit dem heutigen Tag lege ich die Führung des Frontbannes und der S.A. nieder. Gleichzeitig scheide ich aus allen politischen Verbänden und Vereinen aus, um mir die volle Handlungsfreiheit für die Zukunft zu sichern."

In der nicht für die Presse bestimmten Erklärung, die ich meinem Schritt beigab, führte ich zum Schlusse aus:

„Neben Erwägungen wirtschaftlicher Art, die mich zwingen, mir einen Lebensunterhalt zu verschaffen, sind für meinen Entschluß, dessen Verwirklichung ich mit Rücksicht auf die Bewegung vom November vorigen Jahres bis heute zurückgestellt habe, vor allem politische Gründe entscheidend.

Ich habe seit meiner Rückkehr vom Felde versucht, im Kampf für die Wiedergesundung und Wiederaufrichtung des Vaterlandes meine Pflicht in vorderster Kampffront zu erfüllen, und glaube, bis heute eine gerade Linie gegangen zu sein.

Ich habe mich deshalb auch ohne Rücksicht auf Beruf und Existenz aus freiem Entschlusse und innerster Überzeugung Adolf Hitler, als dem rücksichtslosesten Bekämpfer des Novembersystems und dem zielklaren Führer des deutschen Freiheitswillens zur Seite und zur Verfügung gestellt.

Als meine besondere Aufgabe habe ich mir gestellt, deutsche Frontsoldaten und deutsche Jugend in einem wehrhaften Verband zusammenzuschließen, der auf der einen Seite die Schulung und Erhaltung des Wehrwillens zum Ziele hatte, auf der anderen Seite aber durch eine gemeinsame politische Idee, die des nationalistischen Freiheitsgedankens und Frontgeistes, getragen und verbunden war.

Das eben sollte der Unterschied des Frontbannes von den anderen nationalen Verbänden sein, daß neben dem Wehrgedanken auch eine klare politische Idee, die Weltanschauung des Nationalsozialismus, seine Anhänger zusammenhielt.

Der Weg, den ich zur Erreichung dieses Zieles gegangen bin und zu gehen entschlossen war, hat nicht die Unterstützung Seiner Exzellenz des General Ludendorff und nicht die Billigung Adolf Hitlers gefunden.

Ich denke nicht daran, ohne Unterstützung dieser Männer oder gar gegen ihren Willen einen Verband, der auf den Nationalsozialismus eingestellt ist, zu führen.

Ich habe daher Adolf Hitler den Auftrag zur Führung der S.A. zurückgegeben und lege gleichzeitig die Führung des Frontbannes nieder.

Wenn ich überdies aus allen politischen Verbänden und Vereinen ausscheide, so geschieht dies, um mich Konflikten der Überzeugung und des Gewissens zu entziehen und mir für die Zukunft die volle Handlungsfreiheit zu sichern.

Ich ziehe mich nach reiflicher Überlegung und kraft eigenen Entschlusses zurück. Usw."

So schied ich am 1. Mai 1925 aus einem Arbeitsgebiet aus, dem ich mehrere Jahre meines Lebens ausschließlich gewidmet hatte.

Zahlreich waren die Zuschriften und Treuebekenntnisse, die ich von all den Kameraden, die mit mir Seite an Seite gekämpft hatten, erhielt, und die mir aufrichtige Freude und Genugtuung waren.

Oberleutnant Brüdner schloß sich meinem Schritte an. General Ludendorff schrieb mir sofort zurück:

„Lieber Röhm! Ich danke für Ihre Mitteilung und die sie begleitenden Worte. Soweit ich es zu übersehen vermag, haben Sie einen richtigen Entschluß gefaßt. Es war kein leichter. Sie haben dem Vaterland in bester Absicht gedient und Sie werden ihm wieder dienen.

Dann werden hoffentlich unsere Wege in allem die gleichen sein.“

Adolf Hitler enthielt sich einer Stellungnahme.

Die Geschichte des Hochverrats hat somit am 1. Mai 1925 ihren vorläufigen Abschluß gefunden.

Im „Völkischen Kurier“ widmete mir Hauptmann Weiß diese ehrenden Worte, die ich an den Schluß meiner Betrachtung setzen will:

Zum Rücktritt des Hauptmanns Röhm.

Wir brachten am 1. Mai die Meldung, daß Hauptmann Röhm die Führung des Frontbanns niedergelegt hat. Dem Vorgehen des Hauptmanns Röhm hat sich Oberleutnant Brüdner angeschlossen, der vor dem 9. November als Führer des Regiments München der nationalsozialistischen S.A. neben Hauptmann Göring als die eigentliche Verkörperung der nationalsozialistischen Wehrbewegung gelten konnte. Mit Röhm und Brüdner scheiden zwei markante Persönlichkeiten aus dem politischen Leben aus. Vor allem ohne den ersteren, den Hauptmann Röhm, ist nicht nur die völkische, sondern überhaupt die ganze nationale Bewegung in Bayern nach der Novemberrevolution undenkbar. Dabei ist das Charakteristische an dem jungen nationalen Führer, daß seine Tätigkeit sich nicht so sehr im Vordergrund des politischen Versammlungslebens abgespielt hat, als vielmehr durch praktische erfolgreiche Organisationstätigkeit ausgezeichnet ist.

Über die Verdienste, die sich Hauptmann Röhm, vor allem in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch für die Sammlung aller nationalen Kräfte im Lande und für die zielbewußte Organisation der gegenrevolutionären, nationalen Entwicklung erworben hat, ist es heute noch nicht an der Zeit, eingehend zu berichten. Wenn aber ein-

mal die Geschichte dieser Epoche geschrieben werden wird, dann wird der Name Röhm mit an erster Stelle genannt werden müssen.

In der vaterländischen Bewegung Bayerns war Hauptmann Röhm zweifellos eine der aktivsten Kräfte, einer von jenen, die als politisch unkomplizierte Naturen in frischem Draufgängertum auf dem geradesten Weg ihr Ziel, die Befreiung des Vaterlandes von allen inneren und äußeren Feinden zu erreichen suchten. Wo Hauptmann Röhm in der nationalen und völkischen Bewegung erschien, da kam „Leben in die Bude“, da wurde aber auch vor allem praktische Arbeit geleistet. Bei seinem gesunden Blick für den aktivistischen Geist unserer jungen Generation erkannte er sehr bald, daß nach der Auflösung der Einwohnerwehr die ganze nationale Bewegung Gefahr lief, in einer unzeitgemäßen und unfruchtbaren Stammtischbegeisterung zu versumpfen. Er erblickte daher seine Aufgabe darin, jene Verbände, die entschlossen waren, sich nach der Abkehr der bedenklichsten „Errungenschaften“ der Revolution nicht auf die faule Haut zu legen, sondern ihre Ideale in die Tat umzusetzen, dem stärksten Propagandisten der Tat, Adolf Hitler, zuzuführen, dem Manne, der noch am ehesten die Fähigkeit hatte, als Führer die jungen deutschen Freiheitskämpfer um sich zu scharen. So wurde Hauptmann Röhm der eigentliche Gründer des deutschen Kampfbundes und zur Seele dieser Schöpfung, die mit den beiden Männern Ludendorff und Hitler an der Spitze weit über die bayerischen Grenzen hinaus zu Ansehen kommen sollte.

Wenn Hauptmann Röhm heute die Führung des Frontbanns niederlegt, so bedauert sein Ausscheiden niemand mehr als der Kreis von alten Freunden, die mit ihm und an seiner Seite Leid und Freud der nationalen Kämpfe der letzten Jahre geteilt haben. Mit ihm scheidet wieder eine jener, in des Wortes wahrster Bedeutung aufrechten Kämpfernaturen aus einer Bewegung aus, die so hoffnungsvoll begann. Um die Zurückbleibenden beginnt es einsam zu werden. Scheubner-Richter fiel unter den Augen des Novemberverrats, Hauptmann Göring, Hauptmann von Müller weilen außer Landes, Oberleutnant Kriebel hält sich zusammen mit seinen früheren Mitarbeitern seit seiner Haftentlassung völlig vom politischen Leben zurück. Und nun folgen Röhm und Brüdner. Wir würdigen jedoch durchaus

die Gründe, die gerade Hauptmann Röh m zu seinem Entschluß veranlaßt haben; zu einem Entschluß, der angesichts der jüngsten Entwicklung der Verhältnisse verständlich ist. Trotzdem geben wir uns der Hoffnung hin, daß auch die Zeit wiederkommen wird, in der Hauptmann Röh m dem Vaterland und der völkischen Freiheitsbewegung wieder seine wertvollen Dienste zur Verfügung stellen wird.

Kampfpause

Viele Monde gingen seither über das Land.

Das Spießertum feierte in seinem Narrentaumel fantastische Orgien.

Der „nationale Spießer“ wettkämpfte mit den berufsmäßigen Spießbürgern deutscher und daitischer Herkunft um die Palme der Charakterlosigkeit, Feigheit und Torheit.

Auch weite Kreise des alten Offizierkorps konnten sich dem entnervenden Gift der pazifistisch-demokratischen Stidluft nicht entziehen.

Man mußte zur Seite treten, um Abstand zu gewinnen und Luft zu schnappen, wenn man erkennen wollte, bis zu welchem Grad von Sinnesverwirrung und Begriffsverfälschung ein Heldenvolk in wenig mehr als einem Jahrzehnt demokratischer Herrlichkeit herabgleiten konnte.

Was vordem ehrlos und feige, war höchste Staatsweisheit; was vordem heldisch und hehr, galt als Unbesonnenheit, ja als Verbrechen und Hochverrat.

Nicht eine Entgleisung, sondern ein Zeichen erbärmlichsten Angeistes einer charakterlosen Zeit war es, wenn eine deutsch-geschriebene Zeitung („Münchener Post“ vom 13. 4. 1928, Nr. 86) es wagen konnte, dem General von Lettow-Vorbeck, dem heldenhaften Verteidiger Deutsch-Ostafrikas, vorzuwerfen, daß er bis zum Waffenstillstand weitergekämpft habe, statt sich zu ergeben.

Ein Wort des Juden Toller, das das „Berliner Tageblatt“ sich zu eigen gemacht hat, war begrifflich seiner Anerkennung nahe: „Das Heldenideal ist das dümmste aller Ideale!“ Die Männer, die mit zerfetztem Leib Volk und Vaterland als Helden beschützt haben, sollten aufs Schafott steigen; die Kapitulanten des Novembers 1918 konnten herrschen.

Damals, 1928, legte ich über diese Zeitspanne in der 1. Auflage dieses Buches folgende Gedankengänge nieder:
„Einen Pakt, eine Versöhnung mit diesem System kann es niemals geben.

Die Lösung heißt Sieg oder Untergang.

Trotzdem ich mich seit November 1923 nicht mehr verfassungseindlich betätigt habe, bin ich doch Nationalist geblieben.

Meine Anschauung hat sich nicht gewandelt.

So wenig wie vor den Schranken des Volksgerichts bereue ich jetzt, was ich erstrebte und tat. Und zum feigen Kompromiß bin ich weniger geneigt denn je.

Mögen sie alle luschen, ich beuge mich nicht.

Ich stehe augenblicklich nicht in der politischen Kampffront. Nicht als ob ich meiner völkischen Überzeugung untreu geworden wäre:

Kampf, Widerstand, Rückschlag und Enttäuschung können den Soldaten von dem einmal gewählten Ziele nicht abbringen. Mein Herz gehört nach wie vor dem vorwärtstürmenden, revolutionären völkischen Kampf.

Wenn das junge Deutschland Kämpfer braucht, werde ich wieder zur Stelle sein.

Mein Standpunkt ist heute noch der gleiche, unbelehrbare, wie vordem.

Ich kann mir nicht denken, daß sich drei Dinge nicht vereinigen sollten:

Meine Anhänglichkeit an den angestammten Fürsten des Hauses Wittelsbach und Erben der Krone Bayerns;

meine Verehrung für den Generalquartiermeister des Weltkrieges, der heute das mahnende Gewissen des deutschen Volkes verkörpert;

meine Verbundenheit mit dem Herold und Träger des politischen Kampfes, Adolf Hitler.

Mir schwebt eine geschlossene Ordnung der völkischen Kämpfer vor, eine Gesamtfront, in die sich kleinere Teile eingliedern müssen.

Dieser einheitlichen Kampffront kann der Erfolg nicht versagt bleiben.

Daß der Ansturm des 9. 11. 1923 nicht geglückt ist, spricht nicht gegen Hitler, nicht gegen Ludendorff und nicht gegen die völkische oder nationalsozialistische Bewegung.

Das Unternehmen setzte sich nicht durch, aber es war eine Tat. Und das ist das Entscheidende.

Wenn eine mannhafte Tat nicht glückt, nennt sie der besonnene Spießer einen „Putzsch“.

Napoleon hat zwei mißglückte „Putzsch“ gemacht und sich schließlich doch durchgesetzt.

Bedeutungsvoll für mich ist das soldatische Element in einer Bewegung. Ich leiste ihr dann freudige Gefolgschaft, wenn sie dem Soldaten die Vorrechte zuerkennt, die er beanspruchen darf.

Für das dritte Reich deutscher Geltung, Kraft und Ehre erstrebe ich, daß der Kämpfer, der bereit ist, sein Leben einzusetzen und hinzugeben, die entscheidende Stimme hat. Um gar nicht mißverstanden zu werden: nicht eine Stimme, sondern die entscheidende.

Ich verlange, um es kurz zu sagen, das Primat des Soldaten vor dem Politiker. Insbesondere fordere ich dies für den enger gezogenen Rahmen der nationalistischen Bewegung.

In einem Machtstaat, in einer Bewegung, die die Macht erstrebt, muß der Soldat die erste Stelle einnehmen.

Ich danke es Hitler, daß er mir wiederholt die Führung seiner Schutzabteilungen angeboten hat.

Sein Vertrauen hat mich geehrt und erfreut.

Ich konnte mich damals aber nicht entschließen.

Auch einem ehrenden Antrag, der mich in andere Richtung rief, mußte ich mich versagen.

Ich erstrebte, die völkischen Kämpfer in einer Front zusammenzufassen.

Soweit ich diesem Ziel nicht zu dienen vermochte, hielt ich mich zurück und bin nur dann auf den Plan getreten, wenn ich es fördern zu können glaubte.

Im faulen Frieden, im Haber der Parteien versäumte ich nichts.

Dem Soldaten schadet es auch nicht, wenn er die Zeit erzwungener Muße dahin ausnützt, das Leben kennenzulernen. Um zu schauen, zu forschen und Erkenntnisse zu sammeln.

Der strebende Mensch muß nicht das wissen, was die andern wissen, sondern das, was die andern nicht wissen.

So sah ich mich im Leben um.

Meine Wege haben mich manchmal dahin geführt, wo der brave Spießer errötet und schaudert.

Und doch möchte ich die gewonnenen Eindrücke und Erfahrungen nicht missen.

Ich lache der Toren, die durchs Leben gehen, ohne es zu kennen.

Und ich bejahe das Leben und lasse mir meinen frohen Glauben an diese Welt Gottes — trotz allem — nicht rauben.

„Denn alle Seine hohen Werke sind herrlich wie am ersten Tag.“ (Faust, Prolog im Himmel.)

Der Mensch muß aber zum Menschen finden; der Kamerad — wie im Felde — die Sorge und Not des Kameraden kennen und tragen lernen.

Wenn ich an der Beseitigung sozialer Gegensätze und der Besserung sozialer Not mitarbeiten will, muß ich sie vorerst selbst erforschen. Was andere darüber schreiben, genügt dazu nicht.

So begann ich eine neue Lehrzeit.

Zunächst habe ich für den „Deutschen Nationalverlag“ Bücher verkauft. Dann fand ich zwei Monate Betätigung in der Gleisbaumaschinenfabrik Nobel.

Der Gründer und Leiter des bedeutenden Unternehmens, wies mir einen Arbeitskreis zu, der mir Kenntnisse auf Gebieten, die mir bislang fremd waren, erschloß.

Ich lernte viel und erwarb mir bald die Anwartschaft auf eine leitende Stelle in dem großen Betrieb. Besonders nahm ich dabei Gelegenheit, am Schraubstod und an der Esse das harte und schwere Los des deutschen Industriearbeiters zu erfassen. Die Besserung dieses Loses muß einer, der an erster Stelle stehenden Zeitpunkt der nationalistischen und nationalsozialistischen Bewegung sein, wenn man vom deutschen Arbeiter fordert, daß er ein Vaterland kennen und lieben soll, das Deutschland heißt. Freilich wird sich auch der deutsche Arbeiter zu der Erkenntnis durchringen müssen, daß sein schweres Los nicht der Willkür deutscher Unternehmer zur Last fällt, sondern daß allein der Unterwerfungsfriede, die Frucht des Novembers 1918, und der Dawespakt die

bestimmenden Kräfte sind, die seine Lebensbedingungen unter das erträgliche Maß herabdrücken. Und er wird weiter sich klar werden müssen, daß nicht Haß gegen deutsche Volksgenossen, nicht Aufruhr und Streit sein Los bessern werden, sondern allein die Bereitschaft zum Kampf mit dem Ziele, das Joch der Feindmächte abzuschütteln. Der deutsche Arbeiter wird sich mit der Tatsache befreunden müssen, daß Kriege nicht geführt werden und seit langem nicht geführt wurden, um Fürstenlaunen zu befriedigen, sondern um die Lebensrechte des Volkes, vorab der arbeitenden Masse, zu schützen und ihnen Raum zu geben.

Der deutsche Arbeiter hat dem 9. November 1918 am lautesten von allen Schichten des deutschen Volkes zugejubelt.

Dem Tag, an dem sein Sehnen nach Freiheit Erfüllung wähnte, der ihn aber erst in Fesseln schlug.

Ich bestreite nicht und begreife, daß er vielen als Ideal vorzuschwebte. Der Besitzlose allein hat Ideale. Doch sein Ideal erwies sich als Trugbild.

Die stolzen, kämpfenden Heere der Front sind durch die Heere der Arbeitslosen in der Heimat abgelöst worden.

Dem Ruhm und der Ehre sind Not und Elend gefolgt.

Eine Revolution ist gut, wenn sie die stolze Freiheit mannhafte erkämpft, wenn Blut und Schwert der Einsatz sind. Sie ist ein Verbrechen, wenn sie nur größeren Lohn und Gold feilschend erhandeln will.

Das Schicksal zu wenden, liegt heute wieder zuvörderst in der Hand des deutschen Arbeiters. Möge er seine Sendung erkennen!

Ohne Arbeit kein Brot, ohne Kampf kein Leben!

In die Tage meiner Lehrzeit in der Fabrik fällt meine Ladung vor den Gemeausschuß des Deutschen Reichstags.

Wie sich zeigen sollte, der höchsten Instanz des deutschen Volkes, gegen deren Richterspruch es in der freiesten Republik der Welt eine Berufung nicht gibt.

Manche mir aus meiner Reichstagszeit bekannte Köpfe sah ich nunmehr wieder!

Das erlauchte Kollegium der erwählten Vertreter des souveränen Volkes hatte Mühe und Kosten — für die das brave Volk aufkommen darf — nicht gescheut, an den Ort barbarischer bayerischer Schandtaten zu eilen.

Von München aus, der „Brutstätte schrecklicher Feme-
morde“, dem einstigen Hort der Auflehnung gegen die Offen-
barung von Weimar, sollten der staunenden Welt die letzten
Schleier enthüllt werden, die bisher über das verderbte
Treiben der Verächter eines Staatswesens der Schönheit
und Würde gebreitet waren.

Der Dichter D. Hartwig hat die Verse geschrieben:

Das Wahre sagen — das Schwere tragen,
das Rechte wagen — zu allen Tagen!

Der Mann muß Neudeutschland nicht gekannt haben. Die
Befolgung seines Ratschlages hat mich zweimal nach Stadel-
heim geführt.

Herr Rechtsanwalt Dr. jur. Paul Levi, konfessionslos,
unterzog im Namen des deutschen Volkes die aufgerufenen
Zeugen einem strengen Verhör. Hohe und höchste Staats-
beamte ließen sich wie die Schuljungen von ihm ausfragen;
brav und willig standen sie Rede und Antwort.

Daß Herr Dr. Paul Levi, Rechtsanwalt, M. d. R., kon-
fessionslos, ohne daß er widersprochen hat, Kriegsverrat vor-
geworfen wurde, stört ja die „objektiven“ Deutschen nicht.
Wie kann man auch acht Jahre nach Kriegsschluß mit solchen
belanglosen und unzeitgemäßen Vorwürfen aufwarten!

In meiner Unbesonnenheit vergaß ich ganz, daß im No-
vember 1918 das auserwählte Volk des Herrn auf der ganzen
Linie gesiegt hat.

In sträflicher Unreise weigerte ich mich gar, mit Herrn
Dr. Levi, Rechtsanwalt, M. d. R., konfessionslos, mich in
eine Unterhaltung einzulassen.

Darob erzürnte das deutsche Volk, vertreten durch die
Herren Dr. Levi, Landsberg, Dr. Bergsträßer usw.,
und verfügte eine Ordnungsstrafe von RM. 300.—, im Nicht-
eintreibungsfalle von zehn Tagen Haft, über mich. Die ich
dann, da ich keine RM. 300.— hatte, abfaß.

Wie selbstverständlich fand ich mich an jenem Tage, ohne
daß es einer Aussprache oder Abrede bedurft hätte, wieder
an der Seite meines verehrten Generals von Epp.

Soldaten reden eben auch im neuen Deutschland Deutsch.
Trotz Stadelheim!

Die Allzuvielen aber beugen sich stets der angemachten Ge-
walt oder können sich nicht erinnern.

Mehr Bekennermut tut not!

Ich kann es mir nicht versagen, hier mein politisches
Glaubensbekenntnis einzufügen.

Ich mache mir die Mahnworte eines großen Deutschen
vorbehaltslos zu eigen.

Vielleicht könnte es aber nichts schaden, wenn auch die
„Nationalen“ in ihrer Erinnerungsmappe 115 Jahre zurück-
schlagen und den „Bekennnissen“ von Clausewitz folgende
Sätze entnehmen und der Vergessenheit entreißen würden:

„Die Art, die öffentliche Meinung zu bekennen, ihr
nachzuleben, unterscheidet die verschiedenen Stände und
in den Ständen die Individuen. Die vornehmen Stände
sind die verderbteren, die Hof- und Staatsbeamten die
verderbtesten.“

Sie wünschen nicht bloß, wie die anderen Ruhe und
Ordnung, sie sind nicht bloß des Gedankens entwöhnt,
unter Gefahren ihre Pflicht zu erfüllen, sondern sie ver-
folgen auch jeden mit unverföhllichem Haß, der nicht
verzweifelt.

Denn was ist es anders als verzweifeln, wenn man
unseren Zustand und einen viel schlimmeren, welcher
folgen wird, jedem Widerstand vorzieht?

Wer also nicht verzweifelt an der Erhaltung des
Staates auf dem Wege der Pflicht und der Ehre, wer
nicht glaubt, daß nur die bedingungsloseste schändlichste
Unterwerfung Pflicht sei, und daß es der Ehre nicht be-
dürfe, der ist ein Staatsverräter, der darf sicher sein,
von jenen pflichtvergeßenen Staatsbeamten gehaßt, ver-
folgt, vor dem Publikum verleumdet, vor dem Könige
angellagt und dem — französischen Gesandten verraten
zu werden.

Von dieser Meinung und Stimmung, womit man sich
bei uns schmückt, als sei sie aus dem reinen Gefühl für
das Wohl aller entsprungen, oder eins mit demselben,
sage ich mich feierlich los; ich sage mich los: von der
leichtsinnigen Hoffnung einer Errettung durch die Hand
des Zufalls;

von der dumpfen Erwartung der Zukunft, die ein
stumpfer Sinn nicht erkennen will;

von der kindischen Hoffnung, den Zorn eines Tyrannen durch freiwillige Entwaffnung zu beschwören, durch niedrige Untertänigkeit und Schmeichelei sein Vertrauen zu gewinnen;

von der falschen Resignation eines unterdrückten Geistesvermögens;

von dem unvernünftigen Mißtrauen in die, uns von Gott gegebenen Kräfte;

von der sündhaften Vergessenheit aller Pflichten für das allgemeine Beste;

von der schamlosen Aufopferung aller Ehre des Staates und Volkes, aller persönlichen und Menschenwürde;

ich glaube und bekenne, daß ein Volk nichts höher zu achten hat als die Würde und Freiheit seines Daseins;

daß es diese mit dem letzten Blutstropfen verteidigen soll;

daß es keine heiligere Pflicht zu erfüllen hat, keinem höheren Gesetz zu gehorchen;

daß der Schandfleck einer feigen Unterwerfung nie zu verwischen ist;

daß dieser Gifftropfen in dem Blute eines Volkes in die Nachkommenschaft übergeht und die Kraft späterer Geschlechter lähmen und untergraben wird;

daß man die Ehre nur einmal verlieren kann;

daß die Ehre des Königs und der Regierung eins ist mit der Ehre des Volkes und das einzige Palladium seines Wohls;

daß ein Volk unter den meisten Verhältnissen unüberwindlich ist in dem großmütigen Kampf um seine Freiheit;

daß selbst der Untergang dieser Freiheit nach einem blutigen und ehrenvollen Kampf die Wiedergeburt des Volkes sichert und der Kern des Lebens ist, aus dem einst ein neuer Baum die sichere Wurzel schlägt;

ich erkläre und beteuere der Welt und Nachwelt, daß ich die falsche Klugheit, die sich der Gefahr entziehen will, für das Verderblichste halte, was Furcht und Angst einflößen können.“

„Die Nachwelt“, so schloß Clausewitz seine Betrachtungen, „wird richten und von dem Verdammungsurteil die aus-

nehmen, welche dem Strom der Verderbtheit mutig entgegen geschwommen haben.“

Der dies schrieb, war allerdings kein Filmstar und kein Meisterboxer; es war nur Clausewitz.

Die Nachwelt hat ihm recht gegeben.

Sie wird auch denen wieder recht geben, „die die warnenden Begebenheiten der alten und neuen Zeit, die weisen Lehren ganzer Jahrhunderte, die edlen Beispiele berühmter Völker nicht in dem Taumel der Angst unserer Tage vergessen“.

Die Geschichte freilich lehrt, daß ihre Lehren nicht befolgt werden.

So wird wohl auch das deutsche Volk, nicht achtend der Erkenntnisse seiner Ahnen, den Becher des Leids bis zum bitteren Ende leeren müssen, bis es aus sich selbst den Weg der Genesung findet.

In den Jahren meiner Muße fand ich zweimal gastliche Aufnahme im Hause des aufrechten, echt deutschgesinnten Dr. Thönn in Zweisimmen in der Schweiz. Außer ihm lernte ich in der deutschen Schweiz noch viele wadere Männer kennen, die in ihrer Heimat, die sie leidenschaftlich lieben, das deutsche Volkstum hochhalten und dem Bruder im Reich stolze Treue halten. Der Volksgenosse deutscher Art im Auslande vertraut auf die Wiedergeburt unseres, seines Vaterlandes und hält auch in trüben Tagen zu ihm.

Mögen wir Bürger des Deutschen Reiches nie vergessen, daß wir dieses Vertrauens uns wert zu erweisen haben!

Von den vielen Getreuen, die mir auch nach meinem Rücktritt aus dem politischen Leben besonders nahe geblieben sind, ist mir all die Jahre hindurch als treuester Kamerad und Berater ein Mann stets unerschütterlich zur Seite gestanden, dem ich größten Dank schulde: Hauptmann Seydel.

Wenn ich über manche Enttäuschungen und Bitternisse hinweggekommen bin, so danke ich es vor allem diesem wahrhaft besten Kameraden meines Lebens.

Auch bei der Ausarbeitung des vorliegenden Buches war er mir ein wertvoller, unersetzlicher Ratgeber.“

All die andern Männer, deren Namen ich in der 1. Auflage auführte, mögen an dieser Stelle heute sich mit dem herzlichsten Dank für ihre Treue und Kameradschaft Genüge sein lassen.

Meiner besonderen Neigung und Verehrung folgend, durfte ich wiederholt Gast im Hause *Wahnfried* in Bayreuth sein und konnte die überwältigenden Tonschöpfungen des deutschen Meisters in vollendeter Weihe und Schönheit auf mich wirken lassen. Keine festliche Stätte der Welt wird jemals mit Bayreuth sich messen können.

Deutsche sieghafte Kraft, deutscher Wille, deutsches Gemüt strahlt leuchtend von diesem hohen Tempel in Heimat und Welt.

Für Stunden versinkt die profane Welt in wesenloses Nichts; eine Welt unendlichen Sehnsens und beseligenden Begreifens steigt an ihrer Stelle aus dem Tonmeer hervor.

Von den erbärmlichen Händlern des Alltags löst sich der Sinn und erhebt sich in die erhabene Sphäre der Helden. Der Schwertruf jubelt zu Walhall empor; er weckt das Gedenden an eine Zeit, in der der germanische Mensch mit der Gottheit zu kämpfen sich vermaß, und er entzündet die leidenschaftliche Begierde, daß dereinst wieder der deutsche Siegfried das zerbrochene Schwert ergreifen und schmieden und über Berge und Täler stürmend den kostbaren Schatz der Freiheit sich erstreiten möge.

Zwei Jahre Bolivien

Bolivien, im Herzen Südamerikas gelegen, vom Meere abgeschlossen, grenzt heute, von Norden über Osten gesehen, an Brasilien, Paraguay, Argentinien, Chile und Peru. Mit Ausnahme von Brasilien, mit dem herzliche Beziehungen gepflegt werden, steht es den andern Nachbarn kühl gegenüber. Peru und Chile halten den Ausgang zum großen Ozean verschlossen, den sie einst den Bolivianern wegnahmen. Die Tacna-Frica Frage, die den Hafen berührt, der für Bolivien lebenswichtig wäre, ist eine stets offene Wunde. Bolivien war dann bestrebt, über den Paraguay-Fluß sich den Weg zum Atlantischen Ozean zu öffnen und stieß hier auf den Widerstand Paraguays, das wieder von Argentinien freundschaftlich gestützt wird. Außer der Hafenfrage im Paraguay-Fluß ist die Asaco-Frage Gegenstand des Streites. Hier geht der Kampf um Ollaquellen, der freilich über die Interessen Boliviens und Paraguays hinaus die Vereinigten Staaten und Argentinien bewegt.

Bolivien selbst, dem Flächeninhalt nach dreimal so groß als Deutschland, mit einer Bevölkerungszahl, die etwa der bayerischen entspricht, wird in der Hauptsache von Indios zweier Rassen, der Aymara- und Quichua-Rasse bewohnt. Die dünne führende Schicht sind Weiße, größtenteils Nachkommen der spanischen Eroberer; zwischen Indios und Weißen steht die Mischrasse der Cholos, die nur zum geringen Teil in führende Stellungen gelangen. Der starke und widerstandsfähige Menschenstamm der Indios, der auch die besten Soldaten stellt, wohnt auf der Hochebene, die den Westen Boliviens durchzieht. Die Anden erheben sich hier teilweise zu stolzen Höhen; der Illimani, das Wahrzeichen Boliviens, erreicht fast 6500 Meter. Aber auch die wichtigsten Städte selbst liegen hoch: Die Hauptstadt La Paz auf 3600 Meter, die Stadt Potosi gar auf 4150 Meter. Viele Europäer können daher die dünne Höhenluft

überhaupt nicht ertragen und müssen das Land wieder verlassen. Andere brauchen verhältnismäßig lange, bis sie die Höhenkrankheit überwunden und ihre Atmung umgestellt haben. Gegen das Zentrum Boliviens zu mit der alten Hauptstadt Sucre wird das Klima subtropisch und milde. Im Norden und Osten dehnen sich die tropischen Zonen Boliviens aus.

Überall finden sich noch Reste alter Kulturen aus der Inka-Zeit; unbestreitbar haben auch hier, wie so vielfach in der Welt, die christlichen Eroberer stolze Kulturvölker zerschlagen und geknechtet. Unermehliche Schätze wurden von den Spaniern aus dem Lande gezogen und damit der Reichtum des stolzen Königreichs begründet. Die Silber Schätze haben die Eroberer aus dem Lande geschleppt, nachdem sie ganze Berge ausgehöhlt hatten (z. B. den Cerro Rico bei Potosí). Aber die zahlreichen andern wertvollen Bodenschätze genügten, um bis über das Ende des Weltkriegs hinaus den Reichtum Boliviens sicherzustellen. Erst nach dem Versailler Friedensdiktat hat die allgemeine Weltabzugskrise auch das reiche Bolivien wirtschaftlich erschütterte.

Im Jahre 1911 hatten deutsche Offiziere als Instruktoren eine französische Militärmission abgelöst. Seit dieser Zeit wurde Außerordentliches in den wenigen Jahren bis zum Weltkrieg erreicht; vor allem ein vorzüglicher Geist im Offizierskorps und Truppe geschaffen. Organisation und Ausbildung erfolgte nach deutschen Grundsätzen; Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung wurden dem deutschen Vorbilde enge angelehnt. Über den Krieg hinaus, nachdem die deutschen Offiziere in's deutsche Heer zurückgekehrt waren, hat sich die Anhänglichkeit, Dankbarkeit und Bewunderung für Deutschland und sein Heer erhalten.

Schon im Jahre 1926 erhielt ich eine Aufforderung, mich einer neuen deutschen Militärmission für Bolivien anzuschließen. Bestimmungen des Versailler Vertrags machten damals die Ausreise im letzten Augenblick unmöglich; der bolivianische Beauftragte holte sich dann aus Danzig eine Reihe früherer deutscher Offiziere und Unteroffiziere und führte sie in seine Heimat.

Ende 1928 verschärfte sich das Verhältnis Boliviens zu Paraguay besonders; ein Krieg schien vor der Tür zu stehen.

Die Kampfhandlungen an der Grenze hatten schon begonnen. Da erhielt ich erneut einen Ruf nach Bolivien. Innerhalb 24 Stunden war mein Entschluß gefaßt; drei Tage später befand ich mich schon mit dem Schnelldampfer Cap Polonio auf hoher See und erreichte in knapp drei Wochen Buenos Aires, von dort in mehrtägiger Bahnfahrt die bolivianische Hauptstadt La Paz.

Drei Dinge reizten mich besonders: Ich konnte die Welt kennenlernen, Deutschland von außen betrachten und durfte wieder Soldat sein.

Ich will gleich hier bemerken: Ich habe meinen Entschluß keinen Augenblick bereut. Ich habe wirklich ein schönes Stück der Welt sehen können; die Überfahrt nach Südamerika an Spanien und Portugal vorbei, das unendliche Meer und die märchenhaft schönen Küsten Brasiliens und Argentinien. Darunter die Weltstädte Rio de Janeiro und Buenos Aires mit ihrem bunten Leben und Treiben — wahrhaftig eine andere Welt! Argentinien lernte ich zum Teil noch auf der Durchfahrt kennen; Chile in einem 14 tägigen Urlaub, der mich vor allem nach Valparaiso und Santiago de Chile, beides herrliche Städte, führte. Den Rückweg nach Europa wählte ich später über Peru und den Panama-Kanal, so daß ich große Teile Südamerikas gesehen habe.

In der Welt weitet sich der Blick. Man ist gezwungen, fremde Sitten zu beachten, in einer anderen Sprache sich zu verständigen und sich durch eigene Kraft durchzusetzen. Mit besonderem Stolz aber hat es mich erfüllt, zu sehen, daß dort in Südamerika der rechte Deutsche etwas gilt, daß diese Welt nicht das Deutschland des November 1918 sieht, und wertet, sondern an die alte Ehre des kaiserlichen und die jugendfrische Kraft des jungen Deutschlands glaubt. Auch die ältere Generation der Deutschen im Ausland, meist tüchtige, ehrbare und hochgeachtete Kaufleute, bekennt sich zu den alten Farben des Kaiserreiches, während die junge Generation in ihrer Masse heute unserer Bewegung gehört. Nur ganz wenige Außensteiter hatten sich mit der Novemberrepublik befreundet und selbst diejenigen, die auf Grund ihres Abhängigkeitsverhältnisses von deutschen Behörden sich fügen mußten, wußten immer wieder ihren Widerstand zur Geltung zu bringen. So weht

auch überall in den deutschen Schulen, die übrigens von den Südamerikanern selbst bevorzugt besichtigt werden, ein echter und guter deutscher Geist.

Vielleicht ein noch größerer Gewinn war es mir, meine Heimat zwei Jahre von außen zu betrachten. Durch ständige innige Verbindung mit ihr und vor allem mit meinen Kampfgenossen war ich stets über die politische Entwicklung zuhause unterrichtet und konnte den herrlichen Emporstieg der nationalsozialistischen Bewegung mitverfolgen. Ich sah aber auch, wie diese Wiedergeburt der deutschen Kraft und Ehre ihre Wellen über das Meer schlug und durfte erleben, mit welch' fiebernder Anteilnahme unsere südamerikanischen Freunde den deutschen Wiederaufstieg miterlebten. Nicht minder aber sah ich mit grimmiger Genugtuung, wie verächtlich der selbstbewußte Ausländer den marxistischen Verrätern und den feigen Unterwerfungspolitikern gegenübersteht. Die Welt erkennt eben nur den Stolz und Starke an und verachtet den Feigen und Schwachen.

Meine besondere Freude war aber, als Soldat wieder wirken zu können. Und ich fand ein Wirkungsfeld, wie ich es schöner nicht erwarten durfte. Fast wie zuhause war die Zusammenarbeit mit Offizierskorps und Truppe, die nach deutschen Grundsätzen erzogen und geschult sind. Ich brauchte meine Gedanken nur ins Spanische zu übertragen; alles andere widelte sich ab, so wie ich es im besten Heere der Welt gelernt hatte. Nach knapp 6 Monaten beherrschte ich die spanische Sprache soweit, daß ich vor die Front treten konnte; in dem ersten halben Jahr hatte ich genügend Gelegenheit, mich im Generalstab einzuarbeiten und auf meine künftigen Aufgaben vorzubereiten. Dann sandte mich der Chef des Generalstabes als Inspekteur zu zwei Infanterieregimentern. Hier konnte ich so recht nach Herzenslust Soldat sein und fand engste Fühlung mit der Truppe. Ich leitete den gesamten Dienst, legte alle größeren Übungen an, hielt Kriegsspiele, Vespredungen im Gelände, Besichtigungen; im engsten Einvernehmen mit den Regimentskommandeuren konnte ich hohe Anforderungen stellen, sie wurden gut und freudig erfüllt. Dieser schönen und befriedigenden Tätigkeit machte meine Ernennung zum Chef des Stabes bei einem Divisionskommando schon nach einigen Monaten ein Ende. Bald darauf machte sich im Lande, beson-

ders aber im Heere eine wachsende Gärung gegen den Präsidenten der Republik geltend, die schließlich im Juni 1930 zur offenen Revolution führte. Der von den Offizieren des Heeres vorbereitete und geleitete Aufstand brachte den Sturz des Präsidenten und die Bildung einer Militärregierung. Welches Vertrauen ich mir bei den Offizieren meines Standortes erworben hatte, geht vielleicht am besten daraus hervor, daß am Tage vor Ausbruch der Erhebung eine Offiziersabordnung mir die Stunde des Losschlagens mitteilte und mich aufforderte, mich mit an die Spitze zu setzen. Ich war damals stellvertretender Divisionskommandeur, da mein bisheriger Kommandeur abberufen war. Ich erklärte der Abordnung, daß ich mich als deutscher Instruktur zu einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes nicht für befugt hielt und es allein den Bolivianern überlassen müsse, diese nach ihrem Ermessen zu ordnen. Mein Standpunkt wurde voll verstanden und dankbar begrüßt; auch die nach der Revolution gebildete neue Militärregierung hat ihn ausdrücklich gebilligt und mich gleich darauf nach La Paz in den Generalstab zurückgerufen. Meine Haltung entsprach der von mir stets klar ausgesprochenen Auffassung: ich habe als Offizier der bolivianischen Armee mich bemüht, mich ihrer Denkungsweise anzupassen, — was ich als selbstverständliche Pflicht ansehe — aber ich habe auch niemals den deutschen Offizier verleugnet. Die Tätigkeit des fremden Offiziers muß darin seine Grenze finden, dem Lande seiner Wahl seine militärischen Kenntnisse und Erfahrungen zur Verfügung zu stellen. In innere Angelegenheiten des Landes darf er sich schon aus Gründen des Taktes nicht mischen. Es konnte daher auch nicht meine Aufgabe sein, zu prüfen, ob die Offiziere des Heeres sich mit Recht oder Unrecht gegen die augenblickliche Regierung empörten. Wenn Bolivien eine Revolution macht, so ist das Sache der Bolivianer und nicht Sache der als Instruktoren verpflichteten ausländischen Offiziere. Zudem lag für mich folgender Sachverhalt vor: Tatsache war, daß Heer und Volk mit der Regierung und den sie stützenden Kräften unzufrieden waren, Tatsache, daß sich das ganze Heer nahezu einmütig zur Revolution bekannte und weitere Tatsache, daß das Heer eine Militärregierung ans Ruder gestellt hat, der die besten und tüchtigsten Offiziere angehörten. Bei diesen Feststellungen kam mir nun trefflich zu

statten, daß ich im Lande herumgekommen war und mit der Truppe engste Fühlung gewonnen hatte.

Der deutsche General Rundt, der damals Chef des Generalstabes war, war entgegengesetzter Auffassung, nicht, weil er durch seine lange Dienstzeit in leitender Stelle des bolivianischen Heeres und durch seine Freundschaft zu dem Präsidenten Siles sich mehr gebunden fühlte. Er widersetzte sich mit Waffengewalt und unter furchtlosem Einsatz seiner Person dem Aufstande, konnte aber nicht durchdringen und mußte das Asylrecht bei der deutschen Gesandtschaft in Anspruch nehmen. Die Folge war naturgemäß, daß sich die Volkswut nicht nur gegen ihn sondern zunächst gegen die Deutschen überhaupt richtete. Trotzdem konnte er unbelästigt nach Europa zurückkehren. Auch der Zorn gegen die Deutschen legte sich sehr bald wieder; mit meiner Rückkehr in den Generalstab nach La Paz war schon rein äußerlich die Mißstimmung überwunden. Nun hoffte ich, nachdem ich zwei Jahre im Generalstab und bei der Truppe Erfahrungen gesammelt hatte, meine Arbeitskraft an der Zentralkstelle besonders nutzbar machen zu können. Mit den neuen Männern verbanden mich freundschaftliche und vertrauensvolle Beziehungen; auf sie gestützt glaubte ich nun frei schaffen zu können.

Da erreichte mich der Ruf meines Freundes Hitler, nach Deutschland zurückzukehren. Die Septemberwahlen 1930 hatten den Führer der nationalsozialistischen Bewegung vor entscheidende Entschlüsse und große, neue Aufgaben gestellt; es galt nunmehr jeden Mann im Kampfe einzusetzen. Ich durfte mich einer Pflicht, die mir in meinem Vaterland zugewiesen wurde, nicht entziehen. So rasch seinerzeit mein Entschluß zur Abfahrt gefaßt war, so rasch entschloß ich mich jetzt zur Heimkehr. Der Kriegsminister gewährte mir in Würdigung der vorgetragenen Gründe in entgegenkommenster Weise Urlaub nach Deutschland, der später unbeschränkt ausgedehnt wurde. Ich bin noch aktiver Offizier des bolivianischen Heeres, kann jedoch nach eigenem Ermessen in Deutschland verbleiben. In herzlichster Art verabschiedet und geehrt, verließ ich im November 1930 Bolivien. Mit meinen bolivianischen Kameraden aber, mit denen ich zwei schöne Jahre zusammen gearbeitet habe, und mit dem Heere Boliviens bleibe ich aufs innigste verbunden. Meine erste Erwartung, die mich zu so beschleunigter Ausreise ver-

anlaßt hatte, hat sich freilich drüben nicht verwirklicht. Der Ende 1928 ausgebrochene kriegerische Konflikt mit Paraguay wurde durch Verhandlungen beigelegt; kurz nach meiner Ankunft brach in Bolivien der Frieden wieder aus. Das war damals recht schmerzlich; denn ich hoffte natürlich, kriegerische Lorbeeren ernten zu können. Da ich ein unreifer und schlechter Mensch bin, sagt mir der Krieg und die Unruhe eben mehr zu, als die brave bürgerliche Ordnung. Ich bin jedoch drüben zu der Überzeugung gekommen, daß die Beilegung der Streitigkeiten auf friedlichem Weg das Bessere war. Der damals für Bolivien fraglose militärische Erfolg hätte angesichts der Lage der Republik von ihm kaum genutzt werden können. Das entscheidende Schlüsselwort hätte das amerikanische Großkapital gesprochen. Ich habe deshalb auch später, als ich Ende 1930 wieder in den Generalstab zurückberufen war, in einer ausführlichen Denkschrift, die ich dem Kriegsminister überreichte, einer dauernden und endgültigen Vereinigung der Gegensätze zwischen Bolivien und Paraguay durch Vereinbarung über die strittigen Gebietsteile im Gran Chaco das Wort geredet. M. E. war für Bolivien ein Festhalten an seinen alten Ansprüchen nicht lebenswichtig, stellte aber das Heer vor ganz außerordentliche, schwer zu überwindende Schwierigkeiten, die besonders in der weiten Entfernung des Kriegsschauplatzes von dem Kraftzentrum des Landes, der Hauptstadt und dem Altiplano (der Hochebene), begründet waren. Leider brach der Krieg 1932 doch aus; seine Dauer und sein Ausgang sind heute noch nicht vorauszusehen. Die Paraguayer sind ein tapferer Gegner, ein Volk, das im Freiheitskampf schon einmal fast seine ganze männliche Bevölkerung geopfert hat. Wenn dieses Land auch zahlenmäßig unterlegen ist, so kämpft sein Heer doch unter weit günstigeren Bedingungen als das bolivianische. Die Kraft des Landes liegt unmittelbar hinter dem Kriegsschauplatz; die Verbindungen und Etappenlinien sind kurz und gesichert. So ist ein rascher und reibungsloser Nachschub von Soldaten, Kriegsmaterial und Verpflegung gewährleistet. Darauf beruht die Entscheidung des Krieges vor allem. Gerade deshalb aber tut es mir weh, daß ich in diesem Kampfe meinen bolivianischen Kameraden nicht zur Seite stehen kann.

Aber ich darf in einer Zeit, in der in meinem Vaterland

um die Entscheidung gerungen wird, meinen Posten nicht verlassen.

Auf Wunsch Hitlers übernahm ich im Januar 1931 als Chef des Stabes die Führung der S.A. und S.S., der braunen und schwarzen Sturmsoldaten der nationalsozialistischen Bewegung.

Was ich seit jener Zeit hier schaffen durfte, verdanke ich dem Glauben, dem Vertrauen, der Treue und der Disziplin meiner Kameraden.

Das Schöne und das Schwere, was ich an dieser Stelle erlebt, zu schildern, erschiene mir heute verfrüht. Alles ist in der Entwicklung; vielleicht langsamer als wir wünschen, aber doch rascher, als viele ahnen.

Ob die Schilderung dieses Kampfabchnittes dereinst ein Kapitel zur „Geschichte eines Hochverraters“ sein wird, bleibt wohl auch besser für heute unentschieden.

Schlussworte

Das Buch meines Lebens und Erlebens habe ich offen vor dem verstehenden Freunde und dem nörgelnden Philister aufgeschlagen.

Der Spießer wird dies für unflug halten; aber das erschüttert mich nicht.

Es sind viele Bücher geschrieben worden, nur wenige aber wohl mit rücksichtsloserer Offenheit.

Auch meinen politischen Freunden wird manches vielleicht nicht gefallen; mein soldatisches Gefühl hat mir bei aller Einseitigkeit des Denkens und Fühlens den Zwang auferlegt, Vorzüge des Feindes nicht minder anzuerkennen wie Fehler des Freundes zu geißeln.

Ich bin ein Freund der deutlichen Aussprache und habe aus meinem Herzen keine Mördergrube gemacht.

Unbekümmert, leidenschaftlich und trohig, so wie es mir von der Seele kam, mußte ich schreiben.

Und doch lag es mir ferne, jemanden zu beleidigen oder zu kränken.

Der Soldatenton ist rau und hart; aber wir Soldaten sprechen alle die gleiche Sprache und verstehen uns.

Der Kaiser der Soldaten, Napoleon, hat einmal in seiner Verbannungszeit den Ausspruch getan: „Soldaten werden mich nie hassen können, auch wenn sie mir als Feinde gegenübergestanden sind!“

Die Frau eines Soldaten meiner Kompanie, der meinem politischen Lager fernsteht, hat einmal zu mir gesagt: „Im Herzen meines Mannes steht an erster Stelle sein Hauptmann, über den ihm nichts geht; dann erst kommen seine Mutter und ich.“

Und ein anderer, ein Kommunist, ist in der Rätezeit in einer Versammlung, in der gegen die Offiziere geheßt wurde, auf-

gesprungen und hat gerufen: „Ich weiß nicht, ob es wahr ist, was ihr über eure Offiziere sagt, aber eines weiß ich, daß es bei meinem Hauptmann nicht wahr ist.“

So reicht sich der Soldat über alle Standes- und Klassenunterschiede und über alle politischen Anschauungen hinweg die Hand. Die Kameradschaft des Soldaten, durch Blut zusammengefügt, kann vorübergehend eingeschlafert; aus dem Herzen gerissen, ausgetilgt werden kann sie nie.

Noch ist das ganze Deutschland, trotz des Nationalsozialismus, nicht erwacht.

Ein Bedruf an diejenigen, die noch schlafen, sollen meine Worte sein!

Nicht an den hastenden und schleichenden Händler, der das verfluchte Gold zu seinem Gott erhoben hat, wende ich mich, sondern an den im Lebenskampf ringenden Kämpfer, der die Freiheit und in und mit ihr das Himmelreich gewinnen will.

Was dem Ziele der deutschen Freiheit frommt, billige ich; was ihm zuwiderläuft, bekämpfe ich. Europa, die ganze Welt mag in Flammen versinken; was kümmert es uns? Deutschland muß leben und frei sein.

Mag man mich einen Banausen schelten, ich kann nicht helfen: den Sport in seiner heutigen Form und Auswirkung lehne ich ab. Noch mehr, ich halte ihn geradezu für eine nationale Gefahr. Mit Championen und künstlich gezüchteten Sportkanonen werden wir das Vaterland nicht emporreißen; nur eine sorgfältige Ausbildung, die der Gesamtheit körperliche Kraft und Leistungsfähigkeit, damit geistige Spannkraft und sittlichen Rückhalt gibt, kann dem Volksganzen nützen. Es paßt ja so ganz in diese Zeit des Scheins und der Reklame: Kitsch, Sinnesverwirrung und Sensation, kein innerer Gehalt von Dauer. Den Sportfimmel überlasse ich Ullstein und Mosse; ich bleibe bei Jahn.

Die Deutschen haben das Hassen verlernt.

An die Stelle des männlichen Hasses ist die weibische Klage getreten.

Wer aber nicht hassen kann, kann auch nicht lieben.

Fanatistischer Haß und leidenschaftliche Liebe — aus diesem Feuer erglüht die Flamme der Freiheit.

Leidenchaftslosigkeit, Sachlichkeit, Objektivität ist Unpersönlichkeit, ist Aftenweisheit.

Nur die Leidenschaft gibt Erkenntnis, schafft Weisheit.

„Ruhe und Ordnung“ ist der Schlachtruf der Pensionisten. Schließlich kann man aber den Staat nicht nach den Bedürfnissen der Pensionisten und Pensionistinnen führen.

„Besonnen ist,“ so schrieb 1927 die „Münchener Zeitung“ anlässlich von Übergriffen der Franzosen im besetzten Gebiet, „wenn man sich eine Ohrfeige geben läßt und sie ruhig einsteckt.“

In die deutsche Sprache übersetzt heißt „Ruhe und Ordnung“ also einfach Knochenweichung.

Zum Teufel noch einmal mit dieser Ruhe und Besonnenheit, mit den Lauen, den Halben, den Feigen!

„Unbesonnene“ kämpften vierundeinhalb Jahre an der Front!

Die „Besonnenen“ blieben zu Hause!

„Unreife Elemente“ kämpften in Oberschlesien für die Erhaltung des Reiches.

„Die Reifen“ sperrten sie dafür ein.

„Verantwortungslose Phantasten“ haben Jahre um Jahre das Volk zum Widerstand gegen Versklavung und Unterdrückung aufgerufen. Die „verantwortungsbewußten Politiker“ Neudeutschlands haben in den gleichen Jahren Deutschland in Grund und Boden gewirtschaftet.

Vor lauter „Besonnenheit“ und „Reife“ geht unser Volk und Vaterland langsam, aber sicher zugrunde.

Zur „Diplomatie“ und zur „Politik“ war Deutschland von alten Zeiten her nicht geeignet; die Größe seiner Geschichte hat stets das Schwert bestimmt.

„Ich bitte alleruntertänigst, die Diplomaten dahin anzuweisen, daß sie nicht wieder das verlieren, was der Soldat mit seinem Blute errungen hat.“ So mußte schon Blücher, nach der Schlacht von Belle-Alliance seinem König, Friedrich Wilhelm III., zurufen.

Aus Not und Schmach Volk und Vaterland zu Freiheit und Ehre zu führen, vermag nur der Soldat.



1906. Fähnrichjunker



1908. Leutnant



Parade in Ingolstadt (Zugführer)



Jahrhundertfeier in Kehlheim an der Befreiungshalle. 1913



König Ludwig III. besucht sein 10. Inf.-Regt. an der Front



Wieder im Feld als Kompanie-Führer



1921. Generalstabs-Offizier im Stabe des Inf.-Führers
der 7. Bayer. Div. General v. Epp



Sept. 1920. Kraftwagenstaffel des Stabes Epp



Abfahrt des Stabes der Schützenbrigade aus dem Ruhrgebiet
(Dortmund). Mai 1920.



Trauer- und Opfertag München, 9. Okt. 1921



Mit der „Reichskriegsflagge“ am 9. Nov. 1923 vor dem Kriegsministerium zu München



Die Angeklagten im Hitlerprozeß



1924. Ansprache an den Frontbann



Weimar 1924. Befichtigung des Frontbanns durch Gen. Ludendorff



Bei den bolivianischen Truppenübungen



Bolivianischer Offizier



Phot. E. Schmauß, München

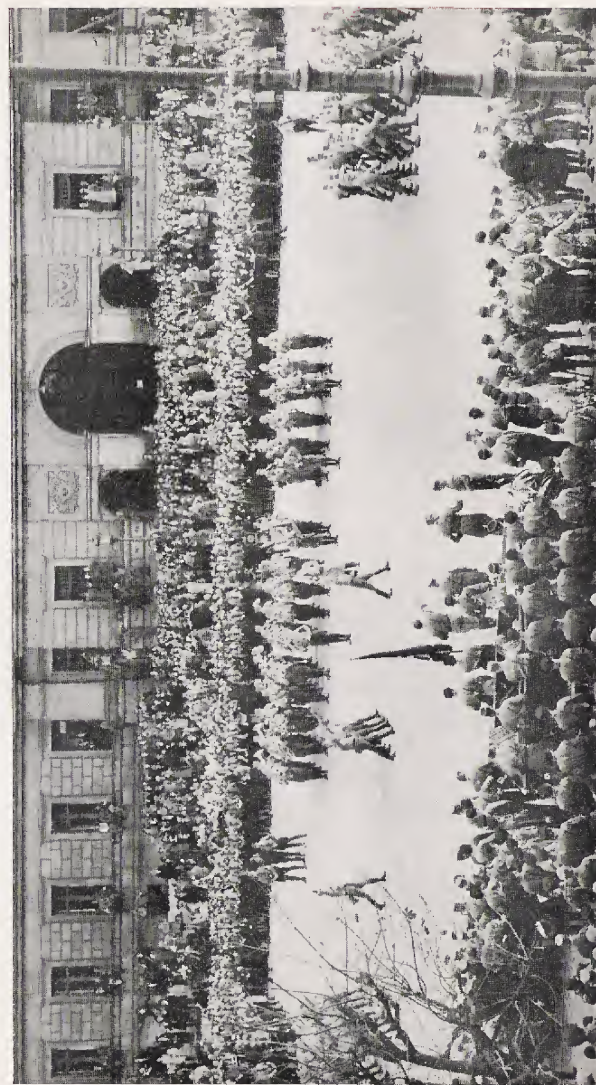
Aus dem Bildverlag Jof. E. Huber,
Dresden vor München / Alle Rechte vorbehalten



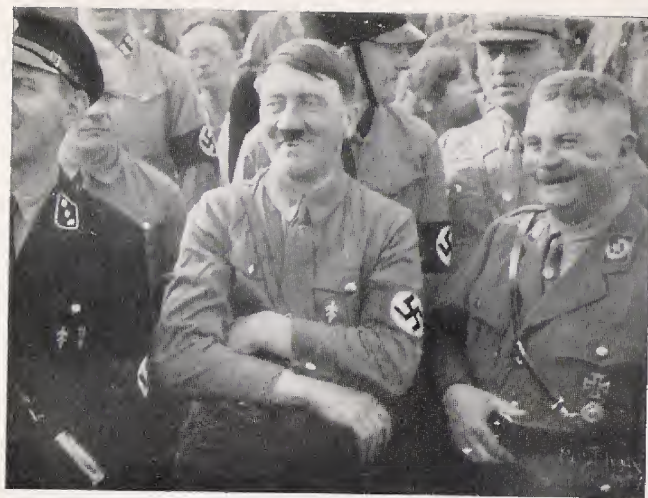
1931
Der Stabschef mit
seinem Adjutanten
Gruppenführer
Reiner



In Dresden
15. März 1931
Der Stabschef spricht
zur G.A.



Braunhewig 18. Oktober 1931



An der Seite des Führers



Bochum 1931



Trotz des Uniformverbots wird unermüdlich weitergearbeitet. Besichtigung des verst. Sturmbanns 162 Lübeck durch den Stabschef, 7. Febr. 1932



Besichtigung der Gruppe Schlesien



Gruppfotografie Wien 1932